

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkstätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Groitzsch.

Besuchspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschl. Bringer-John 150 G.-Pfg., für Selbstabholer 140 G.-Pfg. — Durch die Post 2 G.-M. ohne Versandgebühr. — Einzelnummer 10 G.-Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 22721 u. 24596, für die Interaten-Abteilung 22721. Postscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13093. — Verlag in Leipzig.  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24596

Interatenpreise: Die 10gspalt. Kolonelzeile 30 G.-Pfg., bei Platzvorlesung 35 G.-Pfg. Familiennotizen von Privaten die 10gsp. Kolonelzeile 15 G.-Pfg. Rellameseite 1,50 Goldm., Interate u. ausw.: die 10gsp. Kolonelzeile 35 G.-Pfg. bei Platzvorles. 40 G.-Pfg. Rellameseite 1,75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr norm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die deutsche Antwort überreicht.

### Müheloskeiten auf der Konferenz.

SPD. London, 6. Aug. Die Chefs aller alliierten Delegationen hatten im Beisein eines zweiten Bevollmächtigten und eines Sachverständigen am Dienstag kurz vor Mittag im Auswärtigen Amt zusammen mit dem Reichskanzler Marx und Dr. Stresemann eine zweite Sitzung. Der Reichskanzler Marx überreichte in Namen der deutschen Delegation die schriftlich formulierte Antwort auf das Memorandum der Alliierten. Der britische Schatzkanzler Snowden schlug vor, die Prüfung der deutschen Antwort den zuständigen Ausschüssen zu überweisen. Herrriot und andre Delegierte widersetzten sich dem und forderten, daß sie vorher von dem deutschen Dokument, das sie noch gar nicht hätten lesen können, Kenntnis nehmen müßten. Es wurde im Sinne Herriotics beschlossen.

SPD. London, 6. Aug. Die zweite gemeinsame Sitzung der Alliierten mit den Deutschen hat nicht den Verlauf genommen, den man gewünscht und anfänglich erwartet hatte. Sie begann um 11½ Uhr vormittags und dauerte bis 1 Uhr. Nachdem die deutsche Delegation ihre Stellungnahme zu den gesuchten Beschlüssen der alliierten Konferenz nach Rückprache mit Macdonald am Dienstagabend schon am Mittwoch um 9 Uhr vormittags übermittelt und die Alliierten in einer gemeinsamen Sitzung zum deutschen Memorandum und Begleitbrief Stellung genommen hatten, sollte in der Chefbesprechung schon die Diskussion erfolgen. Die Sitzung wurde eingeleitet durch eine mündliche Erklärung des deutschen Memorandums durch Marx, die ungestört eine Stunde in Aufzug nahm. Im Verlauf der Überzeugung der Ausführungen des Reichskanzlers ins französische machte Herrriot einen Zwischenruf, der in drastischer Weise die Verwunderung der französischen Delegation über den deutschen Standpunkt zum Ausdruck brachte. Auch Macdonald hat am Schluß der Überzeugung ins Englische gewechselt, daß Marx eine Reihe von Fragen angeschaut habe, die mit dem Gutachten nicht zusammenhängen. Tatsächlich ist in dem deutschen Memorandum und im Begleitbrief zum Memorandum und ebenso in der Rede von Marx u. a. die Rücksichtnahme auf die angebrachten Fragen angeschnitten worden. Die Wirkung dieses Vorgehens der deutschen Delegation bei den Alliierten ergab sich aus der sofortigen Beendigung der Sitzung. Eine neue Chefbesprechung wurde auf 9 Uhr abends festgesetzt. Die deutsche Delegation erreichte nach der Rücksicht von der Konferenz den Dolmetscher Dr. Michaelis, der die Rede von Marx überreicht hatte, sofort durch eine andere Person. Es heißt, daß Marx in seiner Erklärung lediglich den Wunsch und die bestimmte Erwartung auf eine baldige Räumung des Ruhrgebiets zum Ausdruck brachte. Diese Stelle der Ausführungen des Kanzlers wurde angeblich vom Dolmetscher in ungünstiger Form wiedergegeben. Da die Alliierten hieron inzwischen unterteilt sind, dienten, wie die gegen die deutsche Delegation tatsächlich vorherrschende Missstimmung teilweise behoben werden können. Aber aus dem Vorfall sollte die deutsche Delegation erfahren, daß in London die Form des Vorgehens wieder einmal alles ist.

Wir hatten in den letzten Tagen bemerkt, daß der Erfolg der Londoner Verhandlungen im wesentlichen von dem Geschick der deutschen Delegation abhängt wird. Wenn freilich im vorhinein feststand, daß konsequent alle Sozialisten aus der Delegation ausschieden würden, und daß demzufolge das deutsch-nationale Element einen starken Einfluß haben müsse, war vorherzusehen, daß sich Komplikationen ereignen müsten, wie der vorstehend wiedergegebene Zwischenfall beweist. Weder nach dem Wortlaut der Dawes-Gutachten, noch auch nach dem Programm der Konferenz, das von Macdonald in seiner Begrüßungsansprache nochmals eng umrissen wurde, durfte die militärische Räumung des Ruhrgebiets im Rahmen der eigentlichen Verhandlungen erörtert werden. Der Reichskanzler hat sich scheinbar trotz dieser Ermahnungen an diese Voraussetzungen nicht gehalten, und versucht in prononziertem Form diese „conditio sine qua non“ in den Vordergrund zu rücken. Nach der Darstellung des SPD. wird die Schuld auf den Dolmetscher abgewälzt, der die Ausführungen des Reichskanzlers in ungünstiger Form wiedergegeben haben soll. Wir sind nicht imstande, eine Nachprüfung vornehmen zu können, glauben aber behaupten zu dürfen, daß es sich weder bei dem Reichskanzler, noch bei dem Dolmetscher um einen lapsus linguae handelt, und zwar ließt die deutsche Delegation in London selbst den Beweis für die Behauptung durch den Wortlaut der Antwort, die sie auf das Memorandum der Alliierten Macdonald überreichen ließ. Es lautet:

Herr Präsident! Entschuldigend dor in der gestrigen Sitzung geäußerten Worte beehre ich mich, Euren Exzellenz auch Besichtigungen der deutschen Delegation zu den bisherigen Beschlüssen der Internationalen Kommissionen zu überreden. Die Kürze der Verhandlung stehenden Zeit hat es der deutschen Delegation nicht ermöglicht, sich über alle Einzelheiten der internationalen Beschlüsse und ihre Tragweite ein sicheres Urteil zu bilden. Ich bitte, die Bemerkungen der deutschen Delegation, insbesondere ihre Formulierung unter diesem Gesichtspunkte betrachten zu wollen. Dabci nehme ich an, daß die noch erforderliche Klärung im Wege der gegenseitigen Ausprägung herbeigeführt werden wird.

Im übrigen gestatte ich mir, hervorzuheben, daß die vorliegenden interallierten Beschlüsse nach Ansicht der deutschen Delegation den mit der Zustaffelung des Sachverständigenplanes zusammenhängenden Fragenkomplex nicht erschöpfen. Die deutsche Delegation muß insbesondere entscheidende Wertdifferenzen legen, die Frage der militärischen Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus befindlichen Gebiete zur Erörterung

zu stellen. Außerdem hat der Herr Präsident der zweiten Kommission in seinem Begleitschreiben zu den Beschlüssen dieser Kommission erwähnt, daß die französischen und belgischen Heereschefs verständigen die Zulassung von etwa 5000 französischen und belgischen Eisenbahnbürokraten auf bestimmten Straßen des internationalen Reches verlangen. Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß diese Forderung mit dem Sachverständigenplan nicht vereinbar ist. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Verabsiedlung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Die Presseabteilung der Reichsregierung erfuhr heute, dieses Anschreiben „aus wichtigen politischen Gründen noch nicht zu veröffentlichen“. Da aber drei uns zugängliche Depeschendirektaus gleichzeitig den Wortlaut verbreiten, dürfte es kaum möglich sein, die Veröffentlichung zu inhibieren, um so weniger, da sich die völkischen, die kommunistischen und noch weniger die ausländischen Journalisten an den Wunsch der Presseabteilung halten dürfen. Darum glaubten auch wir unser Lesern das Schreiben nicht vorzuenthalten zu sollen, um so weniger, als darin die unklaue Haltung der deutschen Delegation auf der Konferenz bestätigt wird. In dem Schreiben wird festgestellt:

Die deutsche Delegation muß insbesondere entscheidende Wert darauf legen, die Frage der militärischen Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus befindlichen Gebiete zur Erörterung zu stellen.

Die Lösung dieses Problems ist gewiß von größter Bedeutung, ob aber dieser Angelegenheit gedient sein kann, wenn sich die deutsche Delegation über alle Ermahnungen der Konferenzteilnehmer hinwegsetzt, ist eine Frage für sich. Die militärische Räumung kann erörtert werden außerhalb des Rahmens der Konferenz, aber nur in den bereits vorgesehenen direkten Besprechungen mit Herrriot und Theunis. Diesmal scheint es gelungen zu sein, über die entstandenen Schwierigkeiten hinwegzukommen, trotz der deutsch-nationalen Einstütze, und der „unerlässlichen Bedingungen“, die Herr Professor Hoëchsl im Reichstage begründete. Wenigstens ist das aus nachstehendem Bericht vom Sonderkorrespondenten des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes zu erkennen, der über die Nachrichtung folgendes berichtet:

Die Abendstunde der Chefdelegierten, die um 9 Uhr begann, wurde kurz nach 10½ Uhr beendet. Ihr sachlicher Verlauf zeigte, daß die anfängliche Misstrümmer über den Begleitbrief zum Memorandum, der von der militärischen Räumung spricht, überwunden ist, was zum Teil sicherlich auf den Inhalt des Memorandums selbst zurückzuführen ist, der auch bei den französischen Delegationen nicht als ungünstig betrachtet wird. Zumehrm bleibt bemerkenswert, daß die anfänglich von Herrriot bereits für Donnerstag in Aussicht genommene Besprechung mit Marx vorläufig aufgeschoben worden ist. Die Behauptungen, daß innerhalb der französischen Delegation Erregung herrscht, weil die deutsche Delegation ohne Wissen Herriotics mit Snowden verbündet habe, sind falsch. Vorläufig wurde nichts unternommen, um derartige Verhandlungen überhaupt zustande zu bringen.

In der Abendstunde wurde zunächst von den Verhandlungen, die am Nachmittag zwischen den alliierten und deutschen Sachverständigen stattfanden, Kenntnis genommen. Diesen Beratungen der Sachverständigen lag das deutsche Memorandum zugrunde. Die von den Sachverständigen vorgeschlagene Arbeitsteilung fand die Billigung der Chefdelegierten. Die wichtigsten Fragen werden die Chefdelegierten selbst besprechen. Am Mittwochabend haben sie nur die ersten Punkte der Beschlüsse der ersten Kommission der alliierten Konferenz über die Feststellung der Verhandlungen erörtert. Man spricht davon, daß Fortschritte erzielt worden sind. Beschlüsse wurden nicht gefasst. Am Donnerstag, um 11 Uhr, werden die Beratungen der Chefdelegierten fortgesetzt. Gleichzeitig treten die Sachverständigen mit Einschluß der deutschen Sachverständigen zu einer Besprechung über die Beschlüsse der zweiten und dritten Kommission der alliierten Konferenz zusammen.

Über den Verlauf der Nachrichtung verbreitet der Sonderberichterstatter der Agentur Haas in London eine Darstellung, nach der der Ausdruck „flagrante Verfehlungen“ im Sachverständigenbericht der Hauptgegenstand der Auseinandersetzung gewesen sei. Stresemann hat in diesem Punkt die Möglichkeit einer schwiederschiedlichen Entscheidung verlangt. Nach französischer Auslegung muß das Wort „flagrante Verfehlungen“ im Sinne von vorsätzlicher Verfehlungen aufgefaßt werden, wie durch den Verfaßter festgelegt ist.

### Sonnabend Ende der Konferenz?

TL. London, 7. Aug. Der allgemeine Eindruck in Londoner Konferenzkreisen ist zuversichtlich. In amerikanischen und englischen Finanzkreisen herrsche gestern abend gehobene Stimmung. Direkte Verhandlungen zwischen Herrriot und Theunis einerseits und dem deutschen Kanzler Marx und Stresemann andererseits haben, wie ausdrücklich festgestellt wird, noch nicht begonnen, jedoch rechnet man bestimmt damit, daß sie morgen oder übermorgen eintreten. Im allgemeinen gibt man der Erwartung Ausdruck, daß die Konferenz Sonnabend beendet sein wird.

Eine Meldung besagt: Der Reichskanzler lege großen Wert darauf, am Sonntag über die Ergebnisse der Londoner Verhandlungen in Münster öffentlich zu sprechen. Er werde, selbst wenn die Verhandlungen erst am Sonnabend zu Ende gehen sollten, seine Heimreise so beschleunigen, daß er seine Rede am Sonntag abend in Münster halten kann.

## Ein unerwarteter Zwischenfall.

Die irische Grenze.

O. P. London, 4. August.

Es war nicht schwer vorauszusagen, daß die englische Regierung eines schönen Tages, da alles am besten schien und sogar das Ende der Londoner Konferenz und die Parlamentsferien vor der Tür stehen, über irgendeinen plötzlichen Zwischenfall stolpern könnte, den kein Engländer und gewiß kein Europäer voraussehen konnte. Dieses erwartete Unerwartete kann morgen geschehen. Die Regierung, die soeben außenpolitisch eine schwere Probe — die Londoner Konferenz — mit Erfolg bestanden und das in sie gesetzte Vertrauen nicht nur gerechtfertigt, sondern vermehrt hat; die Regierung, die innerpolitisch durch zehn parlamentarische Niederlagen hindurchgegangen ist, ihre wichtigsten gelehgeberischen Reformen — Mieterschutz, Arbeitslosenfürsorge, Landarbeiterfürsorge, Wohnungsbau — teils gar nicht, teils nur unter den schwersten Opfern und Kompromissen durchdrücken konnte, dieselbe Regierung kann morgen in die Lage kommen, wegen einer unerhöhten englisch-irischen Formalfrage das Parlament aufzulösen. Die Sache erscheint so unverhältnismäßig, daß sie einer näheren Auseinandersetzung bedarf.

Das irische Problem, der Verzweiflungskampf eines sozial, national und religiös unterdrückten Bauernvolkes gegen die englische Herrschaft hat Jahrhunderte lang die Ruhe der englischen Bourgeoisie gestört. Nach dem Krieg, als die große Welle der Revolution, der sozialen und nationalen Erhöhung durch die Welt ging, hat dieser Freiheitskampf wieder einmal die Formen des Aufstandes, des blutigen Bürgerkriegs angenommen. Aber nach einem vergeblichen Verlust, den Aufstand mit der größten Brutalität niedergeschlagen, hat in jenem Augenblick, in dem die englische Bourgeoisie vor der eigenen Arbeiterklasse zitterte, wieder einmal die englische Staatskunst gesiegt: der Vertrag „Treaty“, den die Koalitionsregierung Lloyd George 1920 mit den irischen Rebellen schloß, gab dem irischen „Freistaat“ innerhalb des britischen Reiches die Selbständigkeit einer der großen Kolonien. Der heikelste Punkt in diesem Friedensvertrag, der Punkt, an dem in den vorhergehenden Jahrzehnten alle Versuche einer Einigung gescheitert waren, ist die Frage Ulsters, der sechs englischen protestantischen Grafschaften im Norden des katholischen Irland. Nach der irischen Auffassung mußte ein selbständiges Irland die ganze „grüne Insel“ umfassen; aber niemals wollte der englische Herrscher zugeben, daß das kleine englische Flecken im Norden unter die Herrschaft der Rebellen fiel. Noch kurz vor dem Krieg wurde ein ernsterhafter Versuch Irland die Selbstregierung (home rule) zu geben, geradezu durch eine Rebellion Ulsters verhindert, wobei die englischen konservativen Offiziere sich weigerten, gegen die englischen konservativen Rebellen in Ulster zu marschieren. Der englisch-irische Friedensvertrag hat nun in Irland zwei Staaten gebildet: den „Freistaat“ oder Südstaat mit eigenem Parlament und den Nordstaat (Ulster) mit der Hauptstadt Belfast, der auch weiter Abgeordnete ins englische Parlament neben seinem eigenen wählt. Die größte Schwierigkeit bot die Abgrenzung der beiden Staaten. So sieht der Vertrag vor, daß die Grenzen zwischen Irland und Ulster von einer Kommission festgesetzt werden sollen, in die jede der beiden irischen Regierungen einen Vertreter und die britische Reichsregierung den Vorsitzenden ernnt.

Der Vertrag ist von beiden Seiten heftig angegriffen worden. In Irland ist dem Bürgerkrieg, den er beendete, sofort ein zweiter gefolgt: diesmal nicht zwischen Engländern und Iren, sondern zwischen zwei irischen Parteien, den Anhängern des „Freistaates“, die sich mit dem Vertrag zufrieden geben wollten, und den „Republikanern“, die den Vertrag nicht anerkennen und über ihn hinaus bis zur völligen Loslösung und Unabhängigkeit von England, bis zur Errichtung der irischen Republik weiterkämpfen wollten. Dieser zweite Bürgerkrieg, noch schrecklicher als der erste, endete mit dem Sieg der Freistaatler und der blutigen Unterwerfung der Republikaner; aber unter der scheinbaren Ruhe gärt die Unzufriedenheit in Irland fort und die irische Regierung, die es nach berühmtem Muster versucht hat, auf Maßnahmen zu greifen, die ihrer Lage befreit, wurde erst vor kurzem durch eine aufschenerregende Meuterei über die Unsicherheit dieser ihrer Lage belehrt. Aber auch die englischen Konservativen von Ulster, die von dem rechten Flügel der Konservativen in England, den Die-Hards (Reaktionären), unterstützt werden, sind mit dem Vertrag höchst unzufrieden. So hat sich die Regierung des Nordstaates schließlich geweigert, ihren Vertreter in die Grenzbestimmungskommission zu ernennen.

Das ist der ganze sachliche Kern des Konflikts, der heute England in Atem hält; alles übrige ist Stimmung und Prestige. Irland drängt auf Erfüllung des Vertrages. Die englische Regierung hat über diese Frage ein Gutachten der Juristen eingeholt; sie sagen, daß die Weigerung der Regierung des Nordstaates die Einsicht der Kommission unmöglich mache. Um den Friedensvertrag dennoch auszuführen, bedurfte es eines neuen Gesetzes, das das englische Parlament beschließen müßte, und in welchem die Zusammensetzung der Kommission derart geändert werden müßte, daß etwa der Ver-

laler des Nordstaates von der englischen Regierung ernannt werden kann. Die englische Regierung hat daraufhin neue Verhandlungen mit beiden Seiten geführt, und durch den Mund Macdonalds einen eindringlichen Appell an Ulster gerichtet, seine Halsstarrigkeit aufzugeben; aber es besteht wenig Aussicht, daß dieser Appell gehöre werde. In diesem Falle wird die englische Regierung noch vor dem Sessionsschluss des Parlaments, der spätestens fällt den 7. August in Aussicht genommen war, den notwendigen Gesetzentwurf einbringen. Sie hat zunächst nicht die Absicht, ihn auch noch vor Sessionsschluss beschließen zu lassen; aber es ist durchaus möglich, daß die Entwicklung der Dinge in Irland sie dazu nötigt. Irland betrachtet mit Recht die Erfüllung des Vertrages als die Einlösung eines von England gegebenen Wortes; und diese Erfüllung noch länger verzögern, hieße unter Umständen das ganze englisch-irische Friedenswerk umstoßen. In Irland gewinnen die Republikaner an Boden; sie hoffen sogar in absehbarer Zeit die Majorität zu erreichen. Vögt England sein Versprechen nicht ein, so schleudert es aus, neue die Brandbeschaffenheit noch kaum erloschenen, noch immer glimmenden irischen Feuerherd.

Diese Situation aber bedeutet mehr, als daß die armen Urlaubshungrigen Abgeordneten noch länger auf ihre Ferien verzichten müssen. Die konservative Partei, obwohl einige ihrer Mitglieder selbst in der Regierung saßen, die den irischen Friedensvertrag unterzeichneten, nimmt in dieser Frage eine intransigente Haltung ein; und gerade in solchen innerpolitischen Fragen, in denen die traditionellen Schlagworte, Vorurteile und Stimmungen der englischen Hochbourgeoisie auf dem Spiel stehen, ist der Einfluß des reaktionären rechten Flügels, der sonst namentlich in außenpolitischen Dingen keine große Rolle mehr spielt, noch ziemlich stark: das ganze Prestige der englischen Grundherren und Oftiziere hängt davon, daß sie Ulster nie „preisgeben“ werden. Auf der anderen Seite ist die soziale Einhaltung des Vertrages ebenso eine Prestigefrage für die englische Regierung und nicht minder für die Liberalen, die eigentlichen Urheber des Vertrages. Die Regierung würde also, wenn es zur Abstimmung käme, im Parlament zwar eine Majorität aus Arbeitern und Liberalen über die konservative Opposition haben; aber sie müßte dennoch das Parlament aufzulösen, weil sie sich in einer derartigen Prestigefrage nicht im Oberhaus ausschlagen lassen könnte — was die konservativen Herren Vords voraussichtlich gerne tun würden.

So ergibt sich die eingemachte grösste Möglichkeit, daß die englische Arbeiterrégierung, die die Misshandlung ihrer eigenen, für das Wohl der Arbeiterklasse äußerst wichtigen Maßnahmen durch die Bürgerlichen im Unterhaus und die Feudalen im Oberhaus rübig hingenommen hat, wegen eines Vertrages, der gar nicht der ihre ist, in einem Moment, da ihre eigene Existenz gar nicht in Frage gestellt ist, und in einem Falle, da sie selbst im Unterhaus eine sichere Majorität hat, an die Wählerschaft appellieren müßte. Nicht als Folge einer planmäßigen Aktion der Opposition, nicht nach einem beabsichtigten Plan der Regierung oder seinem Fehlschlag würde sich die Wahl ergeben; sie wäre noch unvermieden, noch unergründeter, noch „englischer“, als es vor einem Jahre Baldwins Schutzzollwahlen waren, die ihm so schlecht besamen.

Zugleich würde eine solche Wahl die ganzen bisherigen Wahlausichten völlig verschieben. Bisher konnte man überzeugt sein, daß die nächste Wahl sich beinahe zur Gänze auf Kosten der Liberalen abspielen würde: Konservative und Arbeiterpartei würden etwa die Hälfte der lebigen liberalen Mandate unter sich teilen haben, wobei die Arbeiterpartei den grösseren Anteil erzielen hätte, so daß unter Umständen zwei gleich starke Parteien, kein Sieger und kein Sieger aus den Wahlen hervorgegangen wäre, (was die Regierungsbildung nur noch kompliziert und unter Umständen eine formelle Koalitionsbildung notwendig gemacht hätte). Kommt es dagegen jetzt zu Wahlen auf Grund des irischen Streitfalles, so spielen sie sich ohne irgend eine vollständige Parole, ohne ein Interesse, das die Massen bewegt und höchstens mit dem nicht absichtlich und politisch herbeigeführten, sondern zufällig aufgetauchten oder vielleicht aufgetauten alten Ruf „Gegen das Oberhaus“ ab. In diesem Falle aber stehen die Liberalen von vornherein unter dem Schutz der Wahlparole und gewiss machen im Bündnis mit der Arbeiterpartei; und die Wahlen würden sich daher auf Kosten der Konservativen vollziehen, ohne jedoch an den gegenwärtigen Machtverhältnissen etwas Wesentliches zu ändern.

Deshalb ist es immerhin unwahrscheinlich, daß die Konservativen ihre Traditionspolitik bis zu dem Punkt treiben werden, eine derart unpopuläre und überflüssige Wahl zu ihrem eigenen Schaden zu erzwingen. Sie werden entweder selbst nachgeben oder ihre Freunde in Ulster zum Einlenken veranlassen. Aber selbst wenn auf diese Weise der Zwischenfall in den nächsten Tagen durch ein Kompromiß beigelegt oder zur leichten Beilegung auf den Herbst vertagt werden sollte, wird er einen sonderbaren und lehrreichen Eindruck hinterlassen haben: wie groß ist doch dieses britische Reich, daß es jeden Augenblick durch den kleinsten Zwischenfall an einer seiner vielen Ecken und Enden vor eine politische Krise gestellt werden kann. Und wie unschwer eigentlich, daß sich ein solcher Zwischenfall nicht täglich ereignet! Es ist ein plötzlicher Einblick in den großen Mechanismus dieses sinnlos Erdielte umfassenden und verbindenden Weltreichs, der sich da eröffnet: in das widersprüchsvolle und doch imponierende Gemisch der Kräfte, das diesen Mechanismus funktionieren läßt — das eigenartige englische Gemisch von Imperialismus und Demokratie.

Die britischen Minister Thomas und Henderson verhandelten am Anfang der Woche in Dublin mit den Führern der Ulsterbewegung. Am Mittwoch erklärte Thomas im Unterhaus, daß die britische Regierung entschlossen ist, das Parlament aufzulösen, wie ursprünglich beabsichtigt, am 31. Oktober bereits am 30. September einzuberufen, falls die nordirische Regierung bis dahin kein Mitglied für die Grenzkommission ernannt habe. Thomas brachte jedoch einen Gesetzentwurf ein, der eine Ergänzung zum angloirischen Vertrag darstellt und in erster Lesung angenommen wurde. Er hoffte, Ulster werde durch Ernennung eines Grenzkommissars eine weitere Verhandlung im September unthöhligen machen.

#### Abrüstungskonferenzen.

TU. Genf, 6. August. Am 28. August wird sich in Genf die ständige Kommission des Völkerbundes für die Heraushebung der Rüstungen versammeln. Sie wird über die militärische Kontrolle Österreichs und Ungarns, die im nächsten Jahre dem Völkerbund übertragen werden soll, beraten.

TU. New York, 5. August. Zuverlässige Informationen aus Washington besagen, die amerikanische Regierung werde nun, da die Annahme und Durchführung des Dawes-Planes endgültig sicher gestellt sei, als bald die Vorarbeiten für die Einberufung einer neuen internationalen Abrüstungskonferenz in die Wege leiten. Man erwartet, daß Hughes sofort nach seiner Rückkehr Mitte August die Vorbereitungen persönlich leiten wird.

#### Dr. Schach in London.

TU. London, 6. August. Reichspräsident Dr. Schach ist am Mittwoch vormittag in London eingetroffen. Er hatte sofort eine längere Unterredung mit dem Außenminister Dr. Stresemann.

TU. London, 7. August. Neuerdings treten die Bankiers auf der Londoner Konferenz wieder mehr in den Vordergrund des Interesses. Es ist schwierig, daß sie zu den Beschlüssen der Konferenz ihre Genehmigung geben müssen, wenn sie dem Publikum die Bezeichnung der Anleihe empfehlen sollen. Wie verlautet, sollen sie noch immer gewisse Einwendungen gegen die von den Alliierten bisher getroffenen Abmachungen haben. Die Ankunft Dr. Schachs in London lädt darauf schließen, daß von Seiten der Bankiers entscheidende Schritte zu erwarten sind.

SPD. London, 8. August. Nach dem Daily Telegraph hat die deutsche Delegation in London eine Reihe von wirtschaftlichen Konventionen für die schnelle Räumung des neubefreiten Gebiete im Westen erwogen. Man sei jedoch nicht sicher, ob sie Frankreich geneigen würden. Die Zeitung meint, daß ein Einigungskonvent Englands in der Frage der interalliierten Schulden, ein englisches Verkennen des teilweisen oder gänzlichen Erlaßes der französischen Kriegsschulden, eine deutsch-französische Verständigung über die Räumung des Ruhrgebietes erleichtern und beschleunigen würde.

#### Das deutsche Memorandum.

Die Antwort der deutschen Delegation wurde gestern vormittag gegen 1 Uhr übergeben. Wie Reuter meldet, umfaßt das Schriftstück im ganzen etwa 20 Seiten, von denen 10 den Bericht des zweiten Ausschusses behandeln, 6 oder 7 den des dritten und 2 den des ersten Ausschusses. Neben dem Inhalt des Memorandums weist die französische Presse nachstehendes zu berichten:

SPD. Paris, 7. August. (Radio.) Trotz der von der Londoner Konferenz am Mittwoch beschlossenen vorläufigen Schiekhaltung des deutschen Memorandums ist die Pariser Presse am Donnerstagmorgen in der Lage, über dessen Inhalt sehr ausführliche Angaben zu veröffentlichen.

Im ersten Teil des Memorandums, daß die Frage etwaiger Verschulden und Sanktionen behandelt wird von deutscher Seite gelöst gemacht, daß die gesamten Belüsse der alliierten Konferenz eine Abklärung des Friedensvertrages darstellen und deshalb der Zustimmung der deutschen Regierung bedürfen. Darüber hinaus wird angeführt, daß in dem Protokoll die Niede ist von Verschulden schlechthin, daß es sich aber nach dem Friedensvertrag lediglich um „vorläufige“ bzw. „böswillige“ Verfehlungen handeln müsse.

In Teil II, der der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes gewidmet ist, soll das deutsche Memorandum eine Abgrenzung der in dem Räumungsplan der alliierten Konferenz vorgesehenen Fristen um 6 Wochen verlängern durften, daß die wirtschaftliche und soziale Einheit des Reiches spätestens bis zum 1. Oktober wieder hergestellt sei. Weiterhin wird das Ergebnis ausgesprochen, daß die Künste für die von den Alliierten verhängten Strafen und Ausweisungen vollständig sei und daß die interalliierte Rheinlandkommission in Zukunft auf das Recht, Ausweisungen vorzunehmen, verzichte. Das Memorandum legt hinzu, daß, wenn die deutsche Regierung in diesem Punkte nicht die gewünschte Genugtuung erhalten werde, sie sich außerstande sehe, ihrerseits die wegen ihrer aktiven Unterstützung der Belagungsbefreiungen sowie die wegen Teilnahme an den separatischen Bewegungen Verantwortlichen zu begradigen.

Teil III erklärt, daß die deutsche Regierung mit den Grundsätzen der von der dritten Kommission aufgestellten Grundsätze bezüglich der Sachleistungen und der Ueberweisungen einverstanden sei. Die deutsche Regierung erklärt sich zu der von den Alliierten geforderten Fortsetzung der Sachleistungen über das Jahr 1920 hinunter einverstanden unter der Voraussetzung, daß diese Leistungen auf dem Wege freier Abmachungen mit den deutschen Lieferanten sicher gestellt werden und daß der deutschen Regierung das Recht eingeräumt wird, gegen die Entschuldungen der Reparationskommission über ein Lieferungsprogramm an eine Schiedsgerichtsinstanz zu appellieren. Außerdem lehnt die deutsche Regierung es ab, die Garantie für solche Lieferungen zu übernehmen, die nicht im Friedensvertrag ausdrücklich vorgesehen sind, und sie verlangt endlich, daß bei sämtlichen Naturalieferungen dem eigenen Verbrauch Deutschlands und seinem Exportbedarf Rechnung getragen wird.

Gegen die Auflegung des Schiedsgerichtsverfahrens auf die Entscheidungen des Komitees für die Ueberweisungen macht das deutsche Reich gestand, daß dadurch die Autorität dieses Komitees untergraben werde. Es erklärt jedoch, die Anrufung eines Schiedsgerichts in dem präzisen Fall anzunehmen, unter der Bedingung, daß auch der deutschen Regierung das Recht eingeräumt werde, gegen eine als ungerecht erachtete Entscheidung zu appelleren und daß in diesem Fall die Schiedsrichter gemeinsam vom dem Komitee für die Ueberweisungen und der deutschen Regierung ernannt werden.

#### Die Kontrolle der deutschen Einnahmen.

Nach einem Bericht der TU. haben die juristischen Sachverständigen gestern ihren Bericht über die Kontrolle der deutschen Einnahmen fertiggestellt. Die politische Kontrolle soll automatisch eingesetzt, wenn der Kommissar in drei aufeinander folgenden Monaten Agenten für die Reparationszahlungen einen Vertrag aushändigt, der nur ein Zwölftel der deutschen Staatsentnahmen darstellt oder wenn der Finanzminister die ihm erzielten Voraussetzungen nicht befolgt. In diesen Fällen hat der Kommissar das Recht, die Auflegung neuer Steuern zu verlangen. Diese Maßnahmen werden von einem Schiedsgericht abhängig gemacht. Über diese Fragen haben die alliierten Delegierten ein provisorisches Abkommen erzielt, das nach dem Befreiungsurteil folgendem Wortlaut hat:

1. Die vorerwähnten Bestimmungen fordern nicht die Annahme eines deutschen Gesetzes, da die Unterzeichnung des Protokolls ausreicht.

2. Die deutschen Staatskassen werden als Grundlage für die Feststellung des Wohlstandsindex benutzt und überwacht werden.

3. Der Kommissar hat das Recht, während der Dauer der politischen Kontrolle seine Vollmachten auszuüben, ohne daß eine Vereinbarung mit dem Generaldirektor für die Zahlungen notwendig ist. Es genügt die einfache Bestätigung dieses Agenten.

4. Das Protokoll enthält eine besondere Bestimmung, die die deutsche Zollpolitik vor jeder Einschränkung schützt.

5. Die Kosten für die normale Kontrolle werden auf die Jahresleistungen in Abrechnung gebracht, doch muß die deutsche Regierung die Zulässtosten bestreiten, die durch eine Verstärkung der Kontrolle entstehen.

#### Das englisch-russische Vereinbarung.

WTB. London, 8. Aug. (Unterhaus.) Staatssekretär Ponsonby teilte mit, daß heute nachmittag 3½ Uhr eine endgültige Vereinbarung mit den Russen erzielt worden ist.

Ponsonby wurde, als er sich erhob, um die angekündigte Erklärung über die englisch-russischen Verhandlungen abzugeben, von der Arbeiterpartei mit lautem Beifall begrüßt. Er teilte mit, daß mit dem russischen Delegation heute nachmittag 3,30 Uhr ein endgültiges Vereinbarung erreicht wurde. Ferner gab er bekannt, daß der Handelsvertrag in dem Sinne abgeändert wurde, daß England dem Monopol der Sowjetunion betreffend den auswärtigen Handel Rechnung trägt und eine begrenzte Zahl von Handelsdelegationen sowie die diplomatische Immunität gewährt. Außerdem teilte Ponsonby mit, daß ein Handelsvertrag und ein allgemeiner Vertrag abgeschlossen worden sind. Über die Verhandlungen erklärte er, die Schulden und Ansprüche hätten den Hauptplatz in den Verhandlungen eingenommen. Der allgemeine Vertrag enthielt ein Jugoslawia der Verpflichtung gegenüber den Obligationenhabern von Seiten der russischen Regierung und eine Versicherung, daß sie mit den Obligationenhabern verhandeln werde. (Lautes Gelächter der der Opposition.) Er glaubte, daß diese Verhandlungen tatsächlich in einer sehr beträchtlichen Anzahl von Fällen im Gange seien. Die gemischten Ansprüche sollen durch eine Vereinbarung erfolgen, durch welche alle Unfälle untersucht und eine Payrollsumme geschaffen werde. Die Eigentumsans

prüfung würden durch eine gemeinsame Kommission untersucht und hinsichtlich der Kompensationen entschieden werden. Nach einer beständigen Lösung dieser Fragen würden die Vereinbarungen in einem Vertrage niedergelegt werden und die britische Regierung würde alsdann dem Parlament auf Grund dieses Vertrages einen Vorschlag unterbreiten, durch den der russischen Regierung eine Anleihe garantiert werden soll, über deren Betrag und Bedingungen dann ebenfalls entschieden werden sollte. Er hoffe, der Vertrag werde morgen unterzeichnet werden. Die Regierungsschulden und Interventionsansprüche seien einzuweisen beiseite gestellt. Ponsonby schloß, indem er betonte, die Regelung sei ein Beispiel, das von der Regierung gesetzlich gesetzte internationale Politik. Sie beweise, durch Versöhnung und Zusammenarbeit die Freundschaft der Nationen wieder herzustellen und die Erhaltung des Friedens nicht theoretisch, sondern auch praktisch zu fördern.

Nach Ponsonby ergriß MacNeill das Wort. Er erklärte, das großartige Ergebnis der monatelangen schwierigen Verhandlungen sei, daß die russische Regierung und die Obligationshabende beschlossen, die Zeichnung der Anleihe empfehlen sollen. Wie verlautet, sollen sie noch immer gewisse Einwendungen gegen die von den Alliierten bisher getroffenen Abmachungen haben. Die Ankunft Dr. Schachs in London lädt darauf schließen, daß von Seiten der Bankiers entscheidende Schritte zu erwarten sind.

SPD. London, 8. August. Nach dem Daily Telegraph hat die

#### Ein Dolchstoß der Landbündler.

Der Reichslandbund hat am Dienstag in Berlin eine Außerordentliche Delegiertenversammlung abgehalten. Die Versammlung faßte eine Entschließung, die geeignet ist, der Reichsregierung gerade in der jetzigen Situation, während die Vertreter der Regierung in London über die Durchführung der Sachverständigenkonventionen zu verhandeln, die örtlichen Schwierigkeiten zu bereiten. Über die Tagung berichtet die Teleg.-Union:

Die aus dem ganzen Reich in Berlin versammelten Vertreter sämtlicher Landbund-Organisationen der Länder, Provinzen und Kreise brachten die Auffassung der Landbund-Mitglieder ihrer Bezirke zur Lage der Landwirtschaft in einer Enthaltung erheblich zum Ausdruck. Es heißt darin: Die Landbevölkerung erhält den härtesten Protest gegen die Zugrundestellung der Landwirtschaft durch die Steuerpolitik der jetzigen Regierung. Die Rentenmarktkredit e mußte nahezu vollständig für Steuerzahlungen verbraucht werden. Zur Zeit sind alle Bauarbeitskredite und Agrarverkäufe erschöpft. Besonders drückend und ungerecht muß die steuerlichen Forderungen der Länder und Gemeinden in einer Zeit, in der die gesamte Produktionswirtschaft, insbesondere die Landwirtschaft erträglos arbeitet, empfunden werden. Die Enthaltung fordert vom Reichsfinanzminister schneidige Entlastung dieser Steuerforderungen und führt fort: „Die Behandlung, die die Zollvereinigung bisher durch die preußische Regierung und andere Länderregierungen erfaßt hat, hat zu einer Verschärfung der Enthaltung über dieses für das Schicksal der gesamten deutschen Landwirtschaft ausschlaggebenden Geschehen geführt. Von der Weiterführung der intensiven landwirtschaftlichen Produktion hängt für die Massen der deutschen Industrie und landwirtschaftlichen Arbeitnehmerhaft die Erhaltung ihrer Arbeitsstellen ab. Je größer die Abhängigkeit der deutschen Verbraucherschaft von den spekulativen Geldmärkten wird, um so stärker wird die Hörigkeit der deutschen Arbeiter geringen Lohnes und verminderter Arbeitsleistung vom ausländischen Kapitalismus. Gegen jede Vergrößerung der Regelung der für die gesamte deutsche Wirtschaft lebenswichtigen Fragen des Schutzes der heimischen Landwirtschaft mit der Stellungnahme zu dem Sachverständigen-Gutachten erheben wir stärksten Protest. Die Londoner Verhandlungen haben bisher das Sachverständigen-Gutachten in seinen wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen für das deutsche Volk über das bisher bekannte hinaus in einer Weise verschleiert. Unabhängig von der selbstverständlichen Regelung der Echeinungen erklären wir, die wirtschaftliche Anbelung, Ausfüllung und Entwurzelung des deutschen Volkes, die das Sachverständigen-Gutachten vorsieht, nach wie vor unannehbar.“

Diese neueste Kündigung des Landbundes ist ein neuer Beweis dafür, daß die grobagrarien Kreise stupidos, unbeherrschbar von jedem politischen Verantwortlichen gespukt, jederzeit ihre Interessen verfechten. Der starke Dolchstoß gegen die Reichsregierung ist um so bemerkenswerter, als der Vorsitzende des Reichslandbundes, der Abgeordnete Hepp, Mitglied der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, also ein Fraktionsgenossen von Schröder ist. Und ausgerechnet die von ihm geleitete Organisation ist es, die die Regierung Marx-Schröder gerade im schwierigsten Augenblick in den Rücken fällt. Das sind dieselben Kreise, die fortgesetzt über die Klassenpolitik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zettern.

Für die deutsche Arbeiterschaft ist die Enthaltung des Landbundes aber auch noch in anderer Hinsicht recht interessant. Es ist geradezu lächerlich, zu hören, wie die Kautjunker befürchtet, daß die deutschen Arbeiter in die Hörigkeit des ausländischen Kapitalismus geraten. Das ist dieselbe Unterklasse, die die deutsche Arbeiterschaft als Konkurrenten wie als Arbeitskräfte seit Jahrzehnten bis auf Blut auszäugt und peinigt. Es ist dieselbe reaktionäre Klique, die stets bestrebt gewesen ist, die deutschen Arbeiter zu Sklaven herabzudrücken. Dieselbe reaktionäre Gesellschaft, die die Löhne der Arbeiterschaft immer weiter drückt und die Arbeitszeit bis ins Unendliche verlängern möchte, heuselt jetzt Besorgnis, daß eine Verschärfung der Lage der Arbeiter unter dem Einfluß des ausländischen Kapitals. Sie stimmt die alte Rattenfängermelodie an, mit der man schon immer verfuhrte, die Arbeiterschaft für die reaktionäre Wirtschaftspolitik einzufangen. Es ist das alte Lied: Wenn es dem Unternehmertum gut geht, dann zahlt es auch hohe Löhne. Deshalb, deutsche Arbeiter, verheitet den Agrararist und Industriellen zu hohen Zöllen und hohen Preisen, dann werden Sie sich durch hohe Löhne aus einer bedrückenden Lage helfen.

Die deutsche Arbeiterschaft kennt diese Rattenfängermelodie zur Genüge und ist heute nicht mehr so dummkopfhaft, darauf hinzinzulassen. Sie hat auf diesem Gebiet Erfahrungen genug gesammelt und weiß, daß ihr das Unternehmertum auch während der günstigsten Konjunktur nicht einen Penny mehr Lohn gibt, wenn die Arbeiterschaft nicht stark genug ist, dem Unternehmertum höhere Löhne im härtesten Kampf abzuringen. Die Geschichte weist Beispiele genug darauf auf, daß die Arbeiter auch in Zeiten der glänzenden Konjunktur, als die Kapitalistensklave Riesengewinne einsackte, am Hungerlaufen nagen mußte. Einst schrieb Thoreau Roger in seiner Geschichte der englischen Arbeit: Nach meiner Überzeugung war die Lage der englischen Arbeiter in keiner Periode der englischen Geschichte schlechter als in den Jahren von 1782 bis 1821, in jenen vier Jahrzehnten, in denen die Kapitalisten in fabrikartiger Zeit unermüdlich Reiche und armes Land an sich rissen und sich in der Landwirtschaft die Grundrente verdoppelten. Und wie in England, so hat die Arbeiterschaft auch in Deutschland ähnliche Zeiten erlebt. Man braucht nur an die Inflationsszene der letzten Jahre zu denken. Damals lachten Industrie und Landwirtschaft ungeheure Gewinne ein, während gleichzeitig der Reallohn der Arbeiter und Angestellten von Woche zu Woche sank und zeitweise nicht mehr zum Anlaufen der allernotwendigsten Nahrungsmittel ausreichte. Diese bitteren Erfahrungen wird und darf die deutsche Arbeiterschaft niemals wieder vergessen — und wenn sich einige Arbeiterschaften, besonders Landarbeiterkreise, von dem Gerede des Unternehmertums über die gemeinsamen Produzenteninteressen der Unternehmer und Arbeiter, einzufangen lassen, so muß sich die klassebewußte Arbeiterschaft um so entschiedener gegen die Ausplünderungspläne der verblüdeten Kautjunkern und Schlotjunkern wehren. Gerade die Landbündler zeigen mit ihrer neuesten Kündigung, wie sie rücksichtslos ihre Klasseninteressen verfechten und mit allen Mitteln durchzusetzen versuchen. Mag sich die Arbeiterschaft daran ein Beispiel nehmen.

## Die russische Misere.

Die Misere in Russland ist, wenn sie auch ein Naturereignis ist, in ihren Auswirkungen keineswegs eine Erhöhung von lediglich ernährungspolitischer Bedeutung, sie zieht weitere Reize, und auch die Sowjetpolitiker erkennen ihre Tragweite nicht. Es ist jedoch verständlich, daß mit solcherlei Erwägungen kein Staat zu machen und keine Agitation zu treiben ist. Der deutschen kommunistischen Presse wird daher auch das amtliche russische Material über die Misere und ihre Bekämpfung vorerhalten, so daß sich die kommunistischen Redaktionen auf glatte Lügen verlegen. So antwortete die Sächsische Arbeiter-Zeitung auf unseren Artikel „Hunger in Russland“ vom 24. Juli etwa eine Woche später mit wütendem Geschimpf gegen das „menschenverachtende Geschmeiß“. Die Misere sei von uns erfunden, oder wir selbst wären schuld an ihr.

Eine Hungersnot kommt schon deshalb nicht in Frage, weil die Sowjetregierung die notwendigen Vorbeugungsmaßnahmen getroffen hat.

Demgegenüber halten wir allerdings an der Behauptung fest, daß die Sowjetregierung gar nicht in der Lage ist, der Not wirklich zu begegnen. Die von der S.A.Z. herausgebrachten Maßnahmen sehen vor: 1. Saatkredite und Kredite gegen Blech- und Inventarverpfändung in Höhe von insgesamt 35 Millionen Rubel; 2. Ernährungsfonds für die Hungergebiete in Höhe von 20 Millionen Rubel; 3. Befreiung der Miseregebiete von den Landwirtschaftsgesetzen. Damit dürfen uns Beleidigungen sowohl hinsichtlich des Ausmaßes an Landwirtschaftsteuer und des Losos im Budget, als auch hinsichtlich der Verteilung der Hungerhilfeszuschüsse bestätigt sein. Bleibt noch: Stalin, der Generalsekretär der russischen KP, bemerkte zu diesen Maßnahmen in seinem Kundschreiben an die Parteiorganisationen: „Dies sind die Möglichkeiten, die die Sowjetmacht im Kampfe gegen die Dürre und deren Folgen hat. Aber Möglichkeit ist noch nicht Wissenschaft. Damit die Regierungsmassnahmen wirklich (alles von Stalin unterstrichen) Maßnahmen werden, muß die Bauernschaft selbst in den Kampf gegen die Dürre und deren Folgen einzbezogen werden. Man kann mit Gewissheit sagen, daß die Regierungsmassnahmen Gefahr laufen, auf dem Typus zu bleiben, wenn sie nicht auf energische und aktive Unterstützung der Bauern aufgebaut werden.“ Das ist aber eben das Problem, von dessen Lösung wir die Erfolge der Bekämpfung der Hungersnot abhängig machen: die Heranziehung der Bevölkerung zum Kampf gegen die Not.

Wie bedeutungsvoll dies Problem ist, zeigt ein Aussatz Sinowjew's in der „Pravda“ vom 20. Juli, in dem nicht nur die erste Bekämpfung vor den Ausmaßen des dreijährigen Misere zum Ausdruck kommt, sondern auch mit der Möglichkeit einer Reihe von Miserejahren gerechnet wird. Sinowjew schreibt: „Zweiterlei ist möglich: entweder wird von den Städten, den Arbeiterszentren, eine Welle von Mut, Energie, organisierter Hilfe und wirtschaftlicher Initiative auf das Dorf hinübergreifen. Dann führt diese Etappe zu einem wirklichen Bündnis des proletarischen Vorhut mit dem Bauerntum, zu einem Zusammenschluß im Handeln. Oder aber Stimmungen von Mismut, Hilflosigkeit, wirtschaftlicher Depression und Unzufriedenheit werden von den Miseregebieten weiter dringen und in den Städten zerrissene Wirkungen hervorrufen.“

Sinowjew zweifelt nicht daran, daß die Vorhut des Proletariats alles tun wird im Sinne der ersten Möglichkeit. Wie aber wissen, daß die Lage der russischen Arbeiter in den Städten kaum besser ist als die der Bauern in den Miseregebieten. Wo soll da Mut, Energie und das mehr herkommen?

Mitschafe des russischen Botschafters nach Berlin.  
II. Berlin, 5. August. Der russische Botschafter Kreiski ist in Berlin eingetroffen und hat seinen Posten wieder übernommen. Reichsausßenminister Dr. Stresemann empfing den russischen Botschafter noch am Sonntagabend und hatte mit ihm eine länzige Unterhaltung über schwedende politische Probleme.

## Der Spiegelsumpf in der KPD.

Vor dem Gerichtsgerichtshof hatten sich wegen des Spiegelsumps und Vergehens gegen das Republikanische Geheimdienstkomitee Gustav Dranz, Maschinenschlosser, und die Arbeiterin Fischer geb. Balhofer aus Pforzheim zu verantworten. Während des Verboes der kommunistischen Partei sollen die Angeklagten von Pforzheim aus mit der Begeisterung der KPD in Verbindung getreten sein, um einen Kampfplan aufzustellen. Dieser Plan beweiste den gewalttätigen Umsturz und die Befreiung der Republik. Weiter wird in diesem Plan die Entwaffnung der Reichswehr und Schupo, die Besetzung aller staatlichen Gebäude, die Sprengung von Brücken, die Besetzung wichtiger Eisenbahnlinien und Knotenpunkte und die Besetzung von Gerichten und Freilassung aller politischen Gefangenen vorgesehen.

Der Angeklagte Dranz war viele Jahre Mitglied der Sozialdemokratie und ist seit 1921 zur kommunistischen Partei übergetreten. Er hatte in Pforzheim eine Buchhandlung eröffnet, mußte aber infolge der Wirtschaftskrise sein Geschäft aufzugeben. An der Ausarbeitung eines Kampfplanes habe er sich nicht beteiligt und wende sich gegen jede Parteipolitik in der Partei. Er habe sich wiederholt gegen die unzinnige Putschaktistik gewendet, doch habe es nichts genützt; die KPD fasse oft Putschpläne über die Köpfe ihrer Mitglieder hinweg. Deswegen habe er auch jeden Putschposten abgelehnt, weil er sich nicht binden wollte. Wenn die KPD auch in Süddeutschland Kampforganisationen gegründet hätte, so nicht zum Sturze der Regierung, sondern gegen einen von Bayern her drohenden gewaltstümlichen Eingriff der saarländischen Banden. Der Angeklagte will nur bestrebt gewesen sein, die Republik zu schützen, worauf der Vorwurf endete bemerkte, daß das nicht mit dem kommunistischen Programm in Einklang zu bringen sei. Denn die Kommunisten forderten doch gewaltlose Sturz der Regierung.

Die Angeklagte Frau Fischer gab an: Da ihr Mann Kommunist war, sei auch sie gewonnen worden, der KPD beizutreten. Die Personenpolitik sowie die vielen wechselnden Parteien in der Partei hätten auch sie veranlaßt, seine Funktion anzunehmen. Sie hätte wohl eine Frauengruppe gegründet, auch Pfeife abgeworfen, doch habe sie nur sozialistische Literatur verwendet, weil sie eine Gegnerin jedes Gewaltspiels sei. Ihre Hauptaufgabe erledigte sie in der Kranken- und Wohlfahrtspflege der Stadt. Auch sei sie Krankenschwester im Arbeitsamtsarbeiterbund. Im November vorherigen Jahres wären zwei Gefangenen zu ihr gekommen und hätten ihr zwei Pistolen zum Kauf angeboten. Sie habe am anderen Tage diese Waffen mit in die Kaserne nach Stuttgart genommen. Daß die Waffen dem bekannten kommunistischen Waffenammeier in die Hände gekommen wären, habe sie nicht gewollt. An der Ausarbeitung des Kampfplanes habe sie sich nicht beteiligt. Ein gewisser Franz, ein großer Schieber und Polizeispitzel, habe den Kampfplan in ihrer Wohnung mit Dranz ausgetauscht. Sie betrachte die Aufstellung des Kampfplanes als einen Spiegelsumpf des Franz.

Zeuge Polizeisekretär Übers-Pforzheim stellte beiden Angeklagten ein gutes Zeumundszeugnis aus.

Zeuge Südzuckerhändler Franz will nur drei Wochen in der kommunistischen Partei gewesen sein. Den Plan habe er nur mit entworfen, um sein Ziel zu verwirklichen, well er diesen für bestimmte Zwecke brauchte. Aus der Vernehmung dieses Franz ging gleich hervor, daß er einer jener berüchtigten Polizeispitzel ist, die organisierte Arbeiter beschwirren und dann die Berichte in entstellter Form den Behörden übergeben. Das Gericht schenkte den Auslagen wenig Glauben. Auch der Vertreter der Reichsaußenwirtschaft stellte sich nicht auf das Anklagematerial dieser Zeugen. Er hält sich an die Auslagen der Angeklagten lebhaft. Daraus geht hervor, daß sich beide des Hochverrats schuldig ge-

macht hätten. Er beantragte deshalb für jeden Angeklagten 4 Jahre Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe oder weitere 20 Tage Haftstrafe.

Rechtsanwalt Dr. Döring plädierte für milde Bestrafung des Angeklagten Dranz und Freisprechung der Angeklagten Fischer. Er wandte sich in scharfer Weise gegen das Spiegelsumpf. Zwei Menschen, die sich in ihrem Leben noch nichts hätten zuschulden kommen lassen, sollte man nicht so hart bestrafen.

Der Strafenzal verurteilte beide Angeklagte wegen Beihilfe zum Hochverrat zu je 3 Jahren Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. 6 Monate und die 200 Mark gelten durch die Untersuchungshaft als verblüht.

Der Zeuge Franz entpuppte sich als Polizeispitzel schlimmster Art. Unerlaubt versuchte er sich in Arbeitserorganisationen einzuschleichen, um Anklagematerial für die Behörden zu erlangen. Da die Verhandlung ergeben hat, daß dieser Spiegel-Umfangspolit mit entworfen und auch durch seine Auszeichnungen Beihilfe zum Hochverrat geleistet hat, sind wir gespannt, ob der Oberrechtsanwalt nun auch gegen ihn das Hochverratsverfahren einleitet.

## Luendorff als Sprengpulver.

In welche Gesellschaft Luendorff auch gerät, überall wirkt er wie Sprengpulver. Ein drastischer Beleg dafür ist das Voronnement bei der Grube Neuhardt, über das die Ah. W. Ag. berichtet. Aus Anlaß des sogenannten Deutschen Tages in Siegen wurde die Grube in Schacht Luendorff umgetauscht. Die deutschsprechenden Strohköpfe Siegen haben sicher geglaubt, eine große patriotische Tat verblüft zu haben, aber sie haben nur erreicht, daß der in Bergfachstellen besonders anerkannte tüchtige Leiter, Generaldirektor Schlesienbaum, seine Stellung für den 31. Dezember gekündigt hat.

Im Bayrischen Kurier feiert Herr v. Lanna die Verdienste Luendorffs, die er sich um die Verbreitung des -Bolschewismus erworben hat. Die Kommunisten hätten, meint Herr v. Lanna, allen Anlaß, dem General Luendorff sehr dankbar zu sein. Die kommunistische Revolution ist doch seinem anderen als Lenin zu verdanken, ohne den es vermöglich auch keinen Bolschewismus gäbe. General Luendorff, der zur Zeit der russischen Revolution die politische Kampfführung in der Hand hält, sei es gewesen, der in seiner „wettauschauenden“ Art Lenin aus der Schweiz im plombierten Bagagno holen und an die russische Grenze befördert ließ, um ihn dort loszulassen und jenen Brand anzuzünden, der sich zum Bolschewismus entwickelte.

Luendorff sagt aber auch selbst dafür, daß in diesen Tagen häufig von ihm gesprochen wird. So hat er in seiner Stahlhelmkundgebung in München als das nächste Ziel aufgestellt:

„Wir Frontsoldaten des alten Heeres werden nicht ruhen und rasten, bis dieser Landesverrat vor den Stufen des Gerichts zur Verantwortung gezwungen wird. Wir wollen, daß dort dem alten Heere die Söhne vor der Weltgeschichte zuwinken wird.“

Unter dem Landesverrat meint Luendorff „die Wehrmachtmachung Deutschlands“. Das könnte heiter werden, wenn ein solch weltgeschichtlicher Vorgang von einem kleinen deutschen Gericht, etwa gar einem bayrischen, wie eine Bagatellsache behandelt und dann sein Schuldig sprechen sollte.

Nachdem Luendorff von einem bayrischen Gericht von der Anklage des Hochverrats freigesprochen wurde (wohl auf Grund von § 52 d. StGB?), haben seine Anklagen kein besonderes Gewicht mehr; jedes Gericht, das er anrufen würde, würde es sich wohl überlegen, sich auf ein solches Wagnis einzulassen.

## Behörden und Verschwörer.

KPD. Das Reichsverkehrsministerium hat unter dem 4. August folgenden Schluß an die Zweigstellen und Direktionen der Reichsbahn herausgegeben:

Zur Teilnahme an den staatlichen Feiern und zur Teilnahme am Gottesdienst am Verfassungstag, 11. August 1924, ist Beamten, Angestellten und Arbeitern auf Antrag, soweit die dienstliche Verschärfung es irgend gestattet, Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Bezahlung zu gewähren.

Von der Berliner Polizei wird der Verfassungstag mit einer besonders großen Verschwörerfeier begangen werden, die am 11. August, vormittags 10 Uhr, im Lustgarten stattfinden wird. An dieser Feier nimmt etwa die Hälfte der Schupolizeibeamten von Groß-Berlin, d. h. rund 7000 Männer, darunter mehrere hundert Sachverständige und die Beamten des Berliner Polizeipräsidiums teil. Bei der Feier werden der preußische Ministerpräsident Braun und der Reichspräsidenten Ansprachen an die Schupolizeitruppe der Reichshauptstadt halten.

## Kritische Tage in den polnischen Randgebieten.

KPD. Wina, 8. August. Von dem zurücktretenen Vorsteher des radikal-polnischen Sejmfraktion Thugutt wurde in einer Vorlesung die Lage im Wina-Gebiet und in den andern Randgebieten Polens bedrohlicher als je bezeichnet. Wenn nicht bald eine Wandler eintrete, sei in diesen Gegenden mit einem gewaltstätigen Aufstand innerhalb des polnischen Staates. Dazu käme, daß die bolschewistische Agitation genügt würde durch die Anzahllichkeit der polnischen Verwaltung, die keine reale Arbeit leiste und die Interessen des Staates und seines Bürgers missachte. Die polnische Presse gibt gleichzeitig der Verstärkung über einen weltrevolutionären Aufstand Ausdruck. Wie unsicher die Verhältnisse geworden sind, verdeutlicht am besten die Tatsache, daß auf der Eisenbahnen Wina-Warschau in Zwischenräumen von je 200 Metern Posen der Kriegspolizei stehen. Da an verschiedenen Punkten der Strecke Dynamit und Bomben liegen, weigern sich die Lokomotivführer, die Züge zu führen. Die Polizeiwachen werden fast täglich angegriffen. Besonders schwierig gestaltet sich die Bewachung der Brücken und Bahnhöfe. Im ganzen verfehlten nur noch wenige Jäger, die zudem mit Polizeitruppen besetzt sind.

Warschau, 5. August. (Polnische Telegraphenagentur.) Gestern früh haben etwa hundert Banditen die russische Grenze überquert und das polnische Grenzstädtchen Stolpian überfallen, das Stadtamt und die Post beraubt und demoliert. Während des Überfalls sind einige Personen ums Leben gekommen und einige verwundet worden. Die Behörden haben eine energische Untersuchung eingeleitet, um die Art und den Charakter des Überfalls festzustellen.

Zu dem Bandenüberfall auf die polnische Stadt Stolpian bei Wina meldet die polnische Zeitung aus Danzig, daß die Banditen, nachdem sie die Stadt vollständig ausgeplündert hatten, die Flucht in Richtung auf die russische Grenze ergreift. Sie werden von polnischer Kavallerie verfolgt. In der Nähe der russischen Grenze kam es zu einem Gefecht. Einem Teil der Bande gelang es, über die russische Grenze zu entkommen. Die polnischen Verfolger wurden vor den russischen Grenzen lebhaft beschossen. Es ist ein polnischer Ministerrat zusammengetreten, der diplomatische Schritte Polens bei Russland vorbereiten soll.

## Für einen ballischen Staatenbund.

Aus Riga wird dem Soz. Parlamentsdienst geschrieben: Im festlich geschmückten Riga trat der litauisch-sowjetische Einigungsrat zu seiner ersten Tagung zusammen, zu der aus Rowno nicht weniger wie 145 Vertreter erschienen waren. Das Memelgebiet war durch den obersten Bevollmächtigten der litauischen Regierung und den tschechoslowakischen Landespräsidenten vertreten. Der Vertreter der Vereinigung umschrieb das Ziel des Vereins, die ballischen Staaten, die ihre Unabhängigkeit erlangt haben, zusammenzuschließen zu einem ballischen Staatenbund, um dadurch jedem Angriff begegnen zu können. In Frage kommen vor allem Lettland, Litauen, Estland und Finnland. Der Vertreter Litauens gab den Hoffnung Ausdruck, daß der nächste Kongress in der alten litauischen Hauptstadt Wina stattfinden werde.

Es sprachen ferner der Finanzminister, der Außenminister und der Justizminister Lettlands. Schließlich hielt Professor Plaik einen Vortrag über die geistige Annäherung der Litauer und Lettänder. Im Abschluß für geistige Annäherung wurden Vorträge über die Geschichte Litauens und über die baltischen Sprachen gehalten, wobei die Förderung der Einführung der litauischen Sprache in den höheren Schulunterricht vertrieben wurde. In der wirtschaftlichen Kommission fanden Vorträge über die lettische Bodenreform und über die wirtschaftliche Annäherung zwischen Litauen und Lettland statt.

## Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Sozialisten in Warschau.

WTB. meldet aus Warschau: In einer sozialistischen Versammlung im Theatersaal kam es gestern zu Zusammenstößen mit einer starken kommunistischen Gruppe, die zum Klopfen gelassen zu werden verlangte, was die Sozialdemokraten verweigerten. Dabei verwundete ein Kommunist einen Deutschen durch einen Messerstich einen Sozialisten und wollte entfliehen. Als einige sozialistische Arbeiter ihn festzuhalten versuchten, gab ein zweiter Kommunist einen Schlag in die Menge ab. Die Angestellten traten den Kommunisten Di in die Lunge. Es entstand eine allgemeine Schieberei, bei der 11 Personen teils schwer, teils leicht verletzt wurden. Der Kommunist Diath wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er kurz darauf seinen Verwundungen erlag.

## Ein englisch-mexikanischer Konflikt.

Aus London wird gemeldet: Eine authentische Nachricht erhalten, die bestätigt, daß die englische Staatsangehörige Mrs. Rosalie Evans die Witwe des früheren Präsidenten der Londoner Bank für Mexiko, am Sonnabend in der Nähe ihrer Farm, die sie in der letzten Zeit heldenmäßig gegen die Angriffe von Banditen verteidigt hatte, ermordet worden ist. Die Täter sind vorläufig noch unbekannt, jedoch hat der amerikanische Geschäftsträger den Auftrag bekommen, in Verbindung mit der mexikanischen Regierung nach ihnen zuhören zu lassen.

II. Paris, 5. August. Die schon gemeldete Ermordung der Frau Evans wird zweifellos noch ein großes politisches Skandalspiel haben. Der amerikanische Gesandte erhob bereits höchstes Protest bei der mexikanischen Regierung im Auftrage Großbritanniens. Präsident Obregon versprach vollste Genehmigung. Frau Evans ist eine geborene Amerikanerin, die durch Heirat die englische Staatsangehörigkeit erworben hat.

## Wahl siegt der Linken in Frankreich.

Bei den Nachwahlen für den verlorenen Senator d'Estouze nöllies de Constant im Département Sarthe wurde der Radikalfloß Dr. Gigan als Kandidat des Linksbündes gewählt. — Bei den Generalswahlen in Marseille und Toulon legten Kandidaten des Linksbündes in Toulon die Wahlkämpfe in Forcalquier der sozialistischen Kandidat.

## Die blaue Schupo.

II. Berlin, 5. August. Die von der Exzitente geforderte neue Uniformierung der Schupolizei wird, wie die Tschunion erfährt, bestimmt am 1. April des nächsten Jahres durchgesetzt werden. Die neuen blauen Uniformen und Mützen, sowie die schwarzen Uniformhosen werden bis dahin in so ausreichender Zahl fertiggestellt, daß jeder Schupolizeibeamter zum mindesten mit einer Uniform ausgerüstet werden kann, wahrscheinlich auch mit einer zweiten zum Trocken im Straßendienst. Die bis zu diesem Termint noch vorhandenen grünen Uniformen werden im Innendienst aufgetragen. Im übrigen ändert sich an der Ausrüstung und Bewaffnung der Schupolizei belanglos nichts.

## Bon Nah und Fern.

### Ausgegebene Falschmünzerwerkstatt.

II. Duisburg, 6. August. In den Mittagstunden drangen mehrere Kriminalbeamte in die Wirtschaft Diebel's in Abo ein und befreiten die Eingänge zu den Kellern. Dort hatte sich seit längerer Zeit eine Falschmünzerbande niedergelassen, die das Ruhrgebiet in den letzten Wochen mit falschem Hartgold versorgte. Mehrere anwesende Personen wurden verhaftet. Die Münzapparate und Prägwerkzeuge wurden beschlagnahmt. Zwei Fälscher wurden am späten Nachmittag von Kriminalbeamten in Hamborn-Marzloh verhaftet.

### Drei Personen verbrannten.

Tondern, 6. August. In Tondern sind bei einem Brande zwei erwachsene Töchter und ein Entlein des Landmanns Michaelis in den Flammen umgekommen.

### Ausgegebene Wettläufe.

II. London, 6. August. Der englische Wettläufer ist von MacLean wegen schweren Maschinendefekts in Alosa endgültig aufgegeben worden. Auch der amerikanische Wettläufer Lieutenant Wade, der geswonnen war, in der Nähe der Karoer-Inseln niedergegangen, mußte, nachdem er 19000 Meilen zurückgelegt hatte, seinen Zug aufzudecken, da seine Maschine verartig beschädigt war, daß eine Reparatur unmöglich geworden war.

### Einsturz eines Neubaus.

Berlin, 7. August. In Ahrensdorf bei Drewitz unweit Potsdam, errichtete ein Villenneubau kurz vor Fertigstellung des Dachstuhls im Stockbau zusammen. Die im Neubau antreibenden Personen, eine bereits im unteren Stockwerk als soziale Mieterin wohnende Frau und ein im Keller arbeitender Maurer wurden von den herabstürzenden Steinen begraben und getötet. Ein weiterer Maurer wurde schwer verletzt. Der Waller konnte sich nur durch einen Sprung aus dem Fenster des zweiten Stockes retten.

### Schweres Automobilunglück in England.

London, 6. August. Bei einem Autounfall in der Nähe von Brookley (Worcestershire) wurden gestern Abend neben Frauen und Kindern gelöscht und zahlreiche Personen verwundet.

### Hochwasser Katastrophen in Indien und in China.

Bombay, 6. August. Wie am Mittag aus Madras berichtet wird, sind bei der Hochwasserkatastrophe im Malabar-Distrikt 100 Menschen ums Leben gekommen und 80 000 Häuser zerstört worden.

Peking, 6. August.

## Neues Theater.

Auguft 1924 Dienstag, den 7. August 1924  
Mitglied des A.S.B. — Leitung: Bernhard Lichtenfels  
**Undine.**  
Romantische Oper in 4 Akten, nach Bourees Oper.  
Musikalische Leitung: Albert Görgen.  
Aufführung nach H. Görgen.  
In Szene gesetzt von Paul Melleher.  
Bühnenbild: Sepp Holmann.  
Werkszenen: Bühlhorn, ein mächtiger Wasserfall.  
(5. Akt, Wasserfall); Werkschloss, ein Wasserfall.  
(5. Akt, Wasserfall); Ritterburg von Königshütten  
(5. Akt, Wasserfall); Tobias, ein Wasserfall (5. Akt, Wasserfall);  
Dionysie, eine Gruppe (5. Akt, Wasserfall); Ein-  
komm, eine Tafel (5. Akt, Wasserfall); Unter Hellmann,  
aus dem neuen Theater Martin-Graff (5. Akt, Wasserfall);  
Tobias, ein Wasserfall (5. Akt, Wasserfall);  
Königshütte (5. Akt, Wasserfall); Der Ritter (5. Akt, Wasserfall);  
Edele, Brauen, Herold, Gießer, Bürger, Land-  
leute, Erziehungen.  
Der 1. Akt spielt in einem alten Ritterdorf, der 2. in  
der Nachbarschaft im verträumten Schloß, der 3.  
u. 4. Akt in der Nähe u. auf der Burg Königshütten.  
Musikalische Leitung im 2. Akt, angeordnet von Otto  
Hellmann, ausgestrahlt von den Zünftinnen  
Görlitz im 2. Akt; im 3. Akt durchzogen durch  
Lied von G. Umbert, gefügt von G. Fleischer.  
Dienstag nach dem 1. und 2. Akt,  
Görlitz 9. Uhr, Anfang 7 Uhr. Ende 10½ Uhr  
Freitag, den 8. August: 10½ Uhr, Mittwoch, Do.,  
Samstag 7 Uhr; Wenn ich König wäre,  
Rudolstadt, den 9. August: 10½ Uhr, Mittwoch, Do.,  
Samstag 7 Uhr

## Altes Theater.

Richard-Wagner-Play Dienstag, 21.8.24  
Donnerstag, den 7. August 1924  
— Nach Wiederholung —  
Der Erlös des Alten Theaters  
**Die Hintermahlzeit.**  
Schauspiel in 3 Akten von Hans Jacoby.  
In Szene gesetzt von Käthe Bronsart.  
Personen: Er (H. Hornau); Sie (W. Ollis); Der  
Präfekt (H. Böckel-Söhl); Der Herr im Geword  
(H. Quitt); Ein Sänger (H. Käflas); Die Ver-  
traute (H. Daniel).  
Vorstellung nach dem 1. Akt,  
Verhandlungen vorbehalten  
Abbildung von Einzelheiten wegen Umstehungen  
ausgeflossen.  
Görlitz 7½ Uhr, Anfang 8 Uhr. Ende nach 9½ Uhr  
Sommerpreise:  
Freitag, den 8. August: Deutliche Verstellung  
gleich für den Freitag Deutliche Bühne: Tonno  
Görlitz, Anfang 8 Uhr  
Samstag, den 9. August: Voller Wiederholung  
der Hoffnungswurm, Anfang 8 Uhr

## Neues Operetten-Theater.

Großtheater Dienstag, 21.8.24  
Gesamtaufführung des Berliner Triomphtheaters  
Musikalische Leitung: Robert Wirt  
Donnerstag, den 7. August 1924  
**Nießbriefe.**  
Schauspiel zum Leben von Hans Jacoby.  
Personen: Sie (H. Kluge); Er (H. Müller)  
Spielt gestern oder vorgestern in einem Hotel  
immer wieder  
Vorstellung  
Eine galante Nacht  
Ein Abenteuer in 3 Aufzügen von Hans Jacoby  
Regie Dr. Oskar Knebel  
Personen: Der Herr (H. Müller); Die Dame  
(H. Kluge); Der Sohn (H. Seibert); Eine Tochter  
(H. Meiners); Der Sohn (H. Weinholtz)  
Das Stüd (spielt: Wenn Ihr möcht und wo Ihr  
möcht).  
Vorstellung nach dem 1. Akt  
Görlitz 7½ Uhr, Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr  
Freitag, den 8. August, und Samstag, den  
9. August: Nießbriefe. Hieraus: Eine galante  
Nacht, Anfang 8 Uhr

## Schauspielhaus

Gaußstraße, 17/19. Tel. 5-21000/21001  
Donnerstag, den 7. August, abends 8 Uhr  
Juni 24. Mit Bernhard Wilhelmsen  
**Die vertragte Nacht.**  
Schwanz in 3 Akten von H. Arnold und E. Voigt  
In Szene gesetzt von Bernhard Wilhelmsen.  
Personen: Emil Dobermann, Getreide, Butter,  
Milch und Weinhersteller (Ferencz, Wilhelmsen);  
Dra, seine Frau (Egon Bedow); Obfrau, Bräute,  
Ihre Tochter (Katharina Grzyb, Angelika Hoff); Dr.  
Reinhold Süßelin, Brontschleißer, Süßlein Mann  
(O. Weinholtz); Klaus Welling (H. Günther); Emil  
Kornell (E. Voigt); Mann, deren Freundin (H. de  
Grund); Heinrich Brünig, Süßschleifer, Süß-  
schnäger (H. Voigt); Frau Süßlein (E. Meiners);  
Anna, Dienstmädchen bei Dobermann (E. Weinholtz);  
Ein Kellner (H. Wöhne).  
Der erste und letzte Akt spielen bei Dobermann,  
der zweite in Reinholds Dampfschiffahrtswelt.  
Das Bild spielt im Sommer, in einer großen  
Provinzstadt.  
Vorstellung  
Vorstellungen müssen 30 Minuten vor Beginn  
der Vorstellung abgesetzt sein, außerdem wird  
darauf verzichtet.  
Vorstellung nach dem 1. und 2. Akt.  
Görlitz 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Ende nach 10½ Uhr  
Freitag, den 8. August, und folgende Tage,  
abends 8 Uhr die vertragte Nacht.

## Kleines Theater.

Eine Spannungsszene Sir, Götterstr.  
Tel. 12284 Straßenbahnmitten 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14  
Musikalische Leitung: H. Weißlich  
8 Uhr Donnerstag, den 7. August 8 Uhr  
und die weiteren Tage  
Der sensationelle Erfolg!  
**Yoshivara (Das Haus der Lust).**  
Ein Spiel in 3 Verhandlungen von Hans Wagner  
Regie: Hans Sander  
Schauspieler:  
Das Weib . . . . . Maria Monica  
Eine weiße Mann . . . . . Christian Lenhart  
Eine gelbe Mann . . . . . Robert Jung  
Sinnlich vom Geliebtesten Berlin  
Vorstellungsfamilie: Weismann, H. N. Cobius,  
Friedrich, u. Gertrude, Bräute, Ehe-Mitläufter.  
**Gutschein** Ausschneiden!  
gültig für 1-4 Personen von Montag bis Freitag.  
Hölle Weisse auf allen Plätzen

**MARIONETTEN-  
THEATER.**  
Hauptrestaurant Meißner Platz.  
Dir. Fam. Alb. Wünsch | Fernruf 13493.  
Heute abends 8 Uhr:  
**Sherlock Holmes.**  
Eine lustige Detektivgeschichte.  
Mit den 2 Hauptthumoristen  
**Kaspar und Knox.**  
Hierzu: Ein Tag in Sorrent.  
Ab Mittwoch nachmittag 4 Uhr:  
**Hänsel und Gretel.**  
Hierzu: Sorrent.

**Battenberg-Theater**  
Direktion: Paul Baumgarten  
Täglich abends 8 Uhr:  
**„Meine Tochter Otto“**  
Operette in 3 Akten Musik v. L. Jessel  
(Komponist v. Schwarzwaldmädel)  
Vorwerk: Tagesskizze 10-20 Uhr u. Zigaretten-  
geschäft F. Günther, Markt 10 (Tel. 15857)

## LICHTSCHE CHÖRE

Mitglied des A.S.B. — Leitung: Bernhard Lichtenfels

Sonntags, den 9. August 1924

## Sommer-Konzert

im Palmengarten

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt

## Nach dem Konzert großer Sommernachts-Ball

Eintrittspreis im Vorverkauf 50 Pf. und 10 Pf. Steuer

Einlaß 4 Uhr, Beginn 7 Uhr

## Amüsische Bekanntmachungen.

Unter dem Wiederbestande des Guts  
besitzers Louis Arnolds in Nehrbach, Orts-  
teil Nr. 36, ist die Räude freigehetet  
worden.

Leipzig, am 6. August 1924.

Die Amüsantmannschaft

**Dr. med. Kammler**  
Bayerische Straße 45, I.  
zurückgekehrt!

Von der Reise zurück  
Dr. med. Herbert Hauschild prakt. Arzt  
L.-Gohlis, Kaiser-Friedrich-Str. 28\*



## Für alle Berufe

Schlosser  
Maschinisten  
Eisenbahner  
Maler  
Schriftsetzer  
Mechaniker  
Köche  
Konditoren  
Friseure  
Fleischer  
Diener  
Maurer  
Kürschner  
Ärzte  
etc

Schlosser-Jacke	4.90	4.25
Schlosser-Anzug	8.60	7.50
Schlosser-Hose	4.25	3.75
Kessel-Anzug	11.50	
Eisenbahn-Joppe	6.50	
Eisenbahner-Hose	4.25	
Arbeits-Bluse	4.90	
Maler-Kittel	7.50	6.50
Schriftsetzer-Kittel	7.50	
Mechaniker-Kittel	7.50	
Koch u. Konditor-Jacke	7.50	
Koch-Hose	9.90	
Koch-Mütze, hochform	1.80	
Friseur-Jacke	6.50	
Friseur-Mantel	13.50	11.50
Dam.-Friseur-Mantel	11.50	
Haarschneide-Mantel	5.60	
Fleischer-Jacke	9.90	8.60
Diener-Jacke	8.60	7.50
Diener-Joppe	8.60	7.50
Diener-Weste	3.70	
Diener-Hose	4.25	
Maurer-Jacke	11.50	
Maurer-Hose	9.90	7.50
Schrüzen, weiß, blau	2.10	
Schrüzen, grün, grau	3.20	
Buckskin-Hose	4.90	3.70
Gezwirnte Hose	5.60	
Pilot-Hose, gestreift	4.90	
Pilot-Hose, blau	6.50	
Pilot-Hose, schwarz	7.50	
Feldgrau Hose	11.50	
Manchester Hose	13.50	
Arbeits-Westen	4.90	3.70
Pilot-Westen	3.70	
Staub-Mantel	7.50	6.50
Dam.-Staub-Mantel	9.90	
Ärzte-Mantel	13.50	11.50

## Willkommen

Erstes  
Herren-Bekleidungshaus  
Leipzig, Brühl 28-32

Herren-Schnürstiefel  
R-Chev. und R-Box  
8.80  
Schuh-Scholz  
Stadtbekannt  
für ord und billig  
Gegr. 1884 — Ecke Schiebstraße — Tel. 16457

Farben Lacke  
Pinsel Schablonen  
kaufen Sie gut und preiswert im  
Spezialgeschäft  
A. Alfred Läßig  
Plagwitz, Fröbelstr. 1. Fernnr. 40560.

## Achtung! Der Winter kommt!

Der billige  
imilierter  
für jede Dame  
auf Seite verarbeitet

w o l f s g r a u  
Zu haben:  
**Max Bellmann**  
L.-Co., Südstr. 115, part. l.

**Eugen Born**  
L.-Eu., Magdalenen-  
straße 11, I. Links  
gegen günstigste  
Teilzahlung

25<sup>00</sup>  
Mark

**PROMPT \* BILLIG**  
liefer  
Versandhaus für Vereinsbedarf  
Richard Lipinski, Leipzig, Königstr. 12

Gesellschaftshaus

## Felsenkeller

Größte und schönste Vergnügungsstätte Leipzig-W.  
Morgen Freitag

### Der elegante Tanzabend

Gratklassige Wiener Orchesterbesetzung

Bei günstiger Witterung täglich Gartenkoncert

Eintritt frei

Gutspflegte Naumann-Diere, vorzügliche Küche

Mäßige Preise

Straßenbahn 2 und 3 — Anruft 40.119.

## 3 Linden

Abends 8 Uhr  
Der Spielplan  
der Sensationen!

12 Welt-  
Attraktionen 12

Tel. 43543/43856

## Grüne Schänke

Freitag Sonntag Ball

## Weisse Wand

Lichtspiele  
am Krystallpalast  
Tauchaer Str. Tel. 16.023

Heute bis Sonntag ab 145 Uhr

## Das große Radium- Geheimnis

Die beiden letzten Teile

## Der Schicksalstanz in der Schmugglerbar

und

## Die Bezwigung menschlicher und tierischer Bestien

12 unbeschreibliche spannende 12

+ Frauen +  
Leidenschaften?  
Alle neuesten hygien.  
Kleid. fashion, reell  
u. b. Gen. M. Theos.  
Kirsch. Wigand-  
str. 521. Ecke Bahnhofstr.  
Berat. tägl.  
Verland a. auswärts

Grüntoholzlanzen  
in Wässen verlaufen  
Gärtner Wolf in  
Böhmenberg.

Die Frauennelt  
ist eine unentbehrliche  
Helferin und  
Beraterin jeder Arbeiterin  
d. Frauend. u. mittleren Beamten-  
standes. Alle Frauen  
u. jungen Mädchen,  
die sich mit Frauennelt  
bekannt gemacht,  
die ihren hohen praktischen u.  
ideellen Wert für sich  
erkannt hab., wollen  
sie nicht mehr in  
ihrem Hause mit  
und ähnen zu dem  
großen treuen Ueber-  
tritt, der von Heft  
zu Heft um viele  
Hunderte wächst.

Die Frauennelt  
erlebt 14 täglich  
Jedes Heft schließt  
die vierletzte

Wiederholung  
Selbst ist die Frau  
ein jedes zweite Heft  
enthält außerdem  
eine vierletzte, reich  
illust. Sonderbeitäge

Preis pro Heft mit  
Schnittmusterbogen  
40 Pfennige.

Alle Austräger und  
Billalen der Volks-  
zeitung nehmen Be-  
stellungen entgegen.

Leipziger Buch-  
druckerei U. G.  
Adt. Buchhandlung  
Tauchaer Str. 10/21

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. August.

S P D. Groß-Leipzig.

Wo rust die Pflicht?

Funktionäre.

Kaukuseberg. Heute, abends 8 Uhr, im Gemeindeamt: Wichtige Funktionärsitzung. Jeder Funktionär, auch Beamter, haben zu erscheinen.

Kinderfreunde.

Alle Bezirksvertreter müssen am Freitag, dem 8. August, Kunden und Schärfen für ihre Bezirke im AVJ, Brühlstraße, von 6 bis 7 Uhr abends abholen.

Kinderchor Ost, Südost und Westen. Freitag, früh 11 Uhr: Übungsstunde im AVJ-Saal. Erscheinen unbedingt nötig.

Kinderchor Ost-Südost stellt am Sonntag 11 Uhr am Joannisplatz.

Kinderchor Süden (Zentrum) und Norden. Die Probe morgen Freitag findet nicht statt.

Arbeiter-Bildungsinstitut.

Arbeitsgemeinschaft Esperanto. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im AVJ.

Besuch die Kunstausstellung der Kulturwoche im Bildermuseum, Augustusplatz. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr. Bisher circa 2000 Besucher. Ausgestellt haben die Künstler: Maereel, Groß, Barlach, Schäffer, Räthe, Kollwitz usw.: Das Leben des Proletariats — Nie wieder Krieg — Revolution.

## Mitglieder-Veranstaltungen.

Sitzung. Morgen Freitag: Besuch der Kunstausstellung im Bildermuseum unter Führung des Genossen O. Bauer. Wir treffen uns nachmittags 4 Uhr am Mendebrunnen. Genossen und Genossen, beteiligt euch hieran recht zahlreich.

Marktstände. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Guten Quelle: Deffentliche Verhandlung. Reichstagsabgeordneter Alch. Lipinski spricht über: Dawes-Guthaben — Lastenverteilung und die politische Lage.

Großschlosser. Morgen Freitag, 8 Uhr, im Trompeter: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung, die das Erleben aller notwendig macht.

O. D. Die Schildigung der Landeshauptstadt Dresden kann umständlicher am Sonnabend, dem 9. August, nicht stattfinden; sie erfolgt am Sonnabend, dem 16. August. Abmarsch pünktlich 12 Uhr vom Mohrenplatz.

## Gedenkkarte zur Verfassungssieger.

Zur Verfassungssieger am Sonntag, dem 10. August, ist vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine Gedenkkarte hergestellt worden. Die Karte ist zum Preise von 20 Pf. in den Büros der Partei, der Gewerkschaften, den Filialen der Leipziger Volkszeitung und an den bekannten Stellen zu haben. Jeder Teilnehmer, jeder Republikaner verfüge sich bei einer mit dieser Gedenkkarte.

Gauleitung Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

J. A. C. Schröder.

Er begründete ihn ganz richtig damit, daß die niedrigen Löhn und die gärtliche wirtschaftliche Lage der Arbeiter und unteren Bevölkerung die Rückzahlung des Darlehens in diesem Zeitpunkt unmöglich machen. — Gen. Mahnert schloß sich diesen Ausführungen an und trat für Annahme des Antrags ein. Der Stadtrat Schmidt beantragte, daß vom 1. Januar an die Rückzahlungen gestoppt werden sollten. Der Antrag sei mit der agitatorischen Absicht gestellt worden, die falsche Hoffnung zu erwecken, das Darlehen brauche überhaupt nicht zurückgezahlt zu werden. — Stadtpräsident Böhme behauptete, jeder Beamte habe gewußt, daß das Darlehen zurückgezahlt werden müsse. Das Reichsgericht habe die Gewährung von Darlehen als unzulässig erklärt. 500 000 M. einzubüßen, könne der Rat nicht verantworten. Er werde die Gemeindelammer anstreben. Auf Zurückzahlung zu viel gezahpter Gehälter solle verzichtet werden, aber dafür müsse das Darlehen zurückgezahlt werden.

Der Beamtenvertreter Lehmann erklärte, er habe diesem Verlangen des Rates zugestimmt, obgleich er die von Mahnert und Herrmann vorgebrachten Gründe als stichhaltig anerkenne. Es würde sonst in ländlichen Lagen schwer fallen, vom Rat einen Darlehen zu bekommen. Ziegler (USP) forderte, daß der Rat von sich aus bei dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden Lohnerschöpfungen beantragen müsse.

Und nun ließ sich der Kommunist Herrmann durch die Herausforderungen Schmidts verleiten, in seiner dummen und plumpen Weise den starken Mann zu markieren und zu behaupten, „Wir Arbeiter wollen das Geld gar nicht zurückzahlt, wir denken gar nicht daran!“ Die Dumheit war natürlich Wasser auf die Mühle des Stadtrats Böhme, der allen Städteordnungen, die für die weitere Stundung des Darlehens eintraten, diese Argumente Herrmanns unterzuschließen suchte. Gen. Mahnert erklärte aber sofort, daß wir die Verpflichtung zur Rückzahlung wohl anerkennen, aber verlangen, daß sie solange hinausgeschoben wird, bis den Arbeitern und Beamten ein Einkommen geschaffen ist, was ihnen das ermöglicht. Inzwischen schien auch Herrmann die Erkenntnis zu dämmern, daß er wie der Ochs im Porzellanladen gehaust hatte. Auch er erklärte sich für Zurückzahlung vom 1. Januar unter der Bedingung, daß sich die Verhältnisse soviel verbessert haben, daß die Rückzahlung möglich ist. Dieser Umsatz wurde sofort durch einen neuen Umsatz kompensiert, denn die Kommunisten stimmten geschlossen gegen den Antrag in dieser Formulierung, die Herrmann als unannehmbar erklärte. So wurde aber angenommen. Wenn also am 1. Januar die Lage der Beamten und Arbeiter sich verbessert hat, soll die ratenweise Rückzahlung beginnen.

Durch das „revolutionäre“ Kraftmusterum der Kommunisten wäre den städtischen Arbeitern und Beamten beinahe ein Vorteil erwiesen worden, den sie recht unangenehm gespült haben würden.

## Die sozialistische Lehrerkonferenz.

Die Tagung behandelte in der Hauptrede die schulpolitischen Kämpfe der nächsten Zukunft. Daß die Konferenz in ihrem Zusammenhang mit der gesamten Kulturbewegung gewidmet wurde, bewiesen die zahlreichen Begrüßungsansprachen und Gäste.

Der Genosse Löwenstein stellte in seinem Vortrage:

Der Kampf um die Reichschulgesetzgebung die Schulbewegung in ihren kulturellen und politisch-wirtschaftlichen Beziehungen dar. Der Bismarck-Staat stützte sich auf zwei einheitliche Mächte: den Militarismus und die Wirtschaft, die Großbourgeoisie. Sonst herrschte aber ein reaktionärer Föderalismus.

Den Gedanken politischer und kultureller Einheitlichkeit sollte erst richtig die Arbeiterklasse wegen ihrer durchaus einheitlichen Stellung vertreten.

Aber oft noch mangelt die klare Erkenntnis der gesetzmäßigen Verbundenheit des politischen mit dem kulturellen Aufstieg. Das Bürgertum dagegen hält von Anfang an „die Ungestüttung des niederen Volkes für notwendig“ (nach Treitschke). So wurden im Weimarer Schulstompskript kulturelle Notwendigkeiten den politischen geopfert. So wurden Forderungen der Verfassung, wie Vernunft, Recht, Regelung der Lehrerbildung usw. nicht durchgeführt. So überließ die nicht zielbewußt genug geleitete Reichschulabteilung die Schulgesetzgebung den Ländern und damit der Zersplitterung.

Heute wird die schon mangelhafte Reichschulgesetzgebung noch durch die banalsten Anträge auf Streichung verschiedener Abschnitte, die Abschaffung der achtjährigen Schulzeit und der Fortbildungsschulpflicht, bedroht.

Wir müssen daher für zukünftige Kämpfe den Gedanken der Vernunft und Einheitlichkeit der Kultur und Schule in die Massen tragen, und die Kultur nicht opfern, sondern um sie kämpfen.

Als besonders bemerkenswert ragten aus der Debatte hervor die Betonung der Bedeutung der Verlönlichkeit, der faktischen Geschäftlichkeit gerade in der Kulturbewegung und die Forderung nach mehr Verständnis und Toleranz in manchen Parteikreisen. Die allgemeine Zustimmung zum Vortrage fand auch Ausdruck in einem Antrage an die Reichstagsfraktion, sich erneut für die Vernunft, Regierung der Lehrerbildung usw. nicht durchzuhören.

So überließ die nicht zielbewußt genug geleitete Reichschulabteilung die Schulgesetzgebung den Ländern und damit der Zersplitterung.

In der Nachmittagssitzung faßte die Tagung mehrere Entschließungen. Die wichtigsten sind: die Forderung einer Erziehungszeitung für Lehrer, Eltern und Kinderfreunde und eine von allgemeiner kultureller und politischer Bedeutung, die so recht die deutschen Verhältnisse beleuchtet. Sie lautet:

Die am 6. August 1924 in Leipzig tagende Reichsversammlung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer erhebt den klärrischen Protest gegen die rücksichtslosen Maßnahmen der von den Bölkischen abhängigen Reichsregierung in Thüringen auf dem Gebiete des Erziehungs- und Schulwesens. Unter Ausschaltung des Landtages werden auf blohem Verordnungswege alle Errungenschaften der thüringischen Schulreform bestätigt, der Aufbau der Einheitschule verschliefst und die staatliche Unterstützung von Volks- und Arbeitereinrichtungen gestrichen. Zugleich werden unter mißbräuchlicher Anwendung der Bestimmungen über den Beamtenabbau und unter Verleugnung der Verfassung und der Gesetze die in leitenden Stellungen befindlichen sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen ihres Amtes entbunden.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer weist die Oberschicht auf die Vorgänge hin. Sie erwartet vom Parteivorstand und von der Reichstagsfraktion, daß sie ihren ganzen Einfluß ausüben, um ein Einschreiten der Reichsregierung gegen die Rechtsverletzungen der republikfeindlichen thüringischen Regierung herbeizuführen.

Danach sprach Landtagsabgeordneter König (Preußen) über:

Die Geschädigung der Lehrerbildung durch die Reaktion.

Auch er bemühte sich, der scheinbaren Sachangelegenheit eine weitere Bedeutung zu geben, indem er auf die Gleichheit der wirtschaftlichen und geistigen Krise hinwies, die den neuen Menschen gebären wird. Bei dieser schwierigen und lange dauernden Entwicklung ist es notwendig, den Lehrer zu bilden, der in den Kindern den neuen Menschen formen kann. Das kann nur der gründlich auf

der Universität vorgebildete Lehrer sein. Die Reaktion verschont sich hinter dem Vorwand der Mittellosigkeit, aber in Preußen erhält die Kirche mehr Geldunterstützung als vor dem Kriege.

Nur Sachsen und Thüringen und Hamburg haben eine fortgeschrittliche Lehrerbildung. In Preußen wird man wahrscheinlich nur zum Universitätsstudium kommen, wenn dem Zentrum in bezug auf konfessionelle pädagogische Hochschulinstutute Zugeständnisse gemacht werden. Aber auch das kann nur geschehen, wenn unter Genossen in der Regierung straff durchkreuzt. Dieser Schußforschritt in Preußen würde auf die andern Länder sicherlich einwirken, im umgekehrten Falle aber noch mehr. Deshalb: Schärfster Kampf um die Lehrerbildung!

Die Ausführungen Königs finden Zustimmung durch die Annahme seiner Entschließung, obwohl einige Genossen schwächer als er in die Zukunft sehen.

Eine erste Sachlichkeit und das Bewußtsein der Verantwortung bestimmten den Charakter der Beratungen. Das zeigen die Forderungen nach genau ausgearbeiteten Gesetzentwürfen und das Bewußtsein, daß jede Tatsache immer wieder den allgemeinen, geschichtlichen Zusammenhang aufzuzeigen.

Auch für die allgemeine Parteiarbeit blieb noch der Vorschlag Streders bedeutungsvoll sein, von der bürgerlichen Seite anerkannte Denker, die eine sozialistisch-republikanische Tendenz — er nannte Fichte — vertreten, noch viel mehr als bisher in unserm Sinne auszuwerten.

Die Reichsauswahlversammlung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer tagte im Rahmen der Arbeiterkulturstoche am 5. August in Leipzig. Beschlossen wurde der Beitritt zur Sozialistischen Erziehungs-Internationale (SEI), Anträge zum Schutz der Rechte der Lehrer an weiteren Schulen und ein Antrag auf Anerkennung des Esperanto als Wahlsach an den oberen Klassen der Volksschulen.

Der provvisorische Hauptvorstand wurde bestätigt. Der Geschäftsführende Vorstand wurde einstimmig gewählt. 1. Vorsitzender ist Genosse Löwenstein-Berlin, 2. Vorsitzender Genosse Adams-Hamburg, Schriftführer die Genossen Den-Döring und Siemsen-Jena.

## Aus der städtischen Gartenverwaltung.

Zu diesem Artikel, der am 2. Juli in unserer Blätter erschien, schreibt uns das Pressamt des Rates: „Die Ausführungen des Eindeinders, wonach in den Arbeitervierteln überhaupt nichts mehr in den Anlagen gemacht werden, daß Spielstand für Kinder nicht erneuert werde und an den Bänken seit 10 Jahren nichts hergerichtet werden sei, entsprechen nach den Feststellungen der Gartenverwaltung nicht den Tatjachen. Der städtische Gartendirektor hat sich vielmehr nach Kräften bemüht, den der Gartenverwaltung nachteiligen Abbau nach Möglichkeit einzuführen. Die Bezirke der Stadtgärtner und ihrer Hilfskräfte sind so eingeteilt, daß auch die äußersten Straßen im Stadtgebiet bearbeitet werden. Selbstverständlich erfordert die Pflege der Straßendämme in den Promenadenanlagen wie auch in geplasterten Straßen wesentlich gründlichere Wartung als in den freier gelegenen Außenbezirken. Tatjache ist, daß die Anlagen in den Vororten verhältnismäßig häufiger spielerig in der Unterhaltung sind und umfangreicher Ausbesserungen bedürfen, weil sie von den Benutzern weniger pfleglich behandelt werden, als die Anlagen in der inneren Stadt. Spielstand ist mit Hilfe des Liebesbaumes auf allen Plätzen angefahren, inzwischen allerdings auf einigen Plätzen wiederholt gestohlen worden, so daß er auf diesen Plätzen zwei- bis dreimal erneuert werden müssen. Auch an den Bänken seit 10 Jahren nichts gerichtet worden ist, entspricht ebenfalls in keiner Weise den Tatjachen. Von den 2421 Bänken im Jahre 1914 sind 248 in der Kriegszeit beschädigt oder gestohlen worden. Ausgebessert wurden 356, neu hergestellt 116 Bänke. Wie der Augenchein lehrt, sind besonders in den Vororten wie auch in der Ringpromenade im letzten Winter viele neue größere Sitzgelegenheiten geschaffen worden, wobei die Bänke ältere Systeme im Rosental und in den Parks und Anlagen verwendet werden sind. Auch der Holzverbrauch der Verwaltung ist hier der beste Nachweis. Im übrigen sind im Osten in ausgebrochenen Arbeitervierteln während der letzten Jahre und dieses Frühjahr an der Stöckelstraße, dem Stannebeinplatz, die Anlagen an der Tiefenstraße und Wallstraße so gut wie neu aus Betriebsmitteln hergestellt worden. Die Anlagen am Rosenthal und am Rabenbach stehen sich infolge der Verwüstungen durch die Jugend nicht mehr halten und sind zum Teil eingezogen worden. In einzelnen Straßen des Ostens sind insgesamt etwa 15 Bäume noch nicht ersetzt worden, da erstens Erfas in bestimmten Baumarten nicht zu haben war, und zweitens mehrere Gasbrüche vorlagen. Daß neu gepflanzte Straßendämme wieder eingezogen sind, trifft nur für einige Bäume zu, die nicht einwandfrei Qualität waren, aus Mangel an Auswohl aber verworfen werden müssen. Die Bäume an der Lilienstraße sind 1923 im Frühjahr gepflanzt und im Laufe des Jahres ordnungsgemäß gepflegt worden. Da sie aus einem älteren abzäumenden Quartier der 4. Garteninspektion stammten, waren sie nicht alle einwandfrei, es gründete infolgedessen nur ein Teil. — Zureichend sind auch die Angaben über den Gemüse- und Kartoffeldau. Selbstverständlich ist es überhaupt nicht Aufgabe einer Baumhülle, Kartoffelbau zu treiben. Der Zweck des Kartoffelanbaus war hier der, abgerückte Quartiere oder ausgelöscht Alleebaumquartiere mit einer Fruchtart zu bestücken, die eine dauernde Bearbeitung des Bodens zur Unterdrückung des Unrautes gestattet. Da zwischen Bäumen nur mit der Hand umgegraben werden kann, ist es auch erklärlich, daß diese Arbeit geraume Zeit in Anspruch nimmt. Außerdem sind nur Früktatofteln zur Aussaat genommen worden, die nur einer kurzen Vegetationszeit bedürfen und daher noch eine ausgereifte Frucht erwarten lassen.“

Zu dieser Berichtigung ist folgendes zu sagen: Wenn die Gartenverwaltung vier Wochen dazu braucht, um eine Erwideration auf unseren Artikel zu bringen, so ist das schon an sich ein Beweis, daß sie das dort Angeführte nicht widerstehen kann. Wir stellen fest, daß er erst nach Er scheinen des Artikels mit dem Stecken von Bäumen und Einzelwidrigkeiten in den Anlagen begonnen worden ist, und tatsächlich seit zehn Jahren zum ersten Mal. Genau so sind auch erst in den letzten Wochen größere Mengen Spielstand angefertigt worden. Es ist selbstverständlich, daß dieser öfters erneuert werden muß, da er doch zum Spielen dient und von Kindern verwendet wird. Wenn die Stadtgärtner ihre Bezirke eingeteilt haben so kommt es eben nicht auf die Einzelwidrigkeiten, sondern auf das Aussehen der Anlagen an. Was die Anlagen am Raben, Kirche Vollmarsdorf usw. andert ist, so mag der Direktor sich die Sträucher am Raben ansehen, wie sie verrostet dastehen. Und wie sehen die Bänke auf diesem Platz aus? Einzelne fehlen ganz und die übrigen sind in einer solchen Verfaßung, daß man, tatsächlich annehmen muß, es summert sich wochenlang niemand um diese Anlage. In der Zahl der fehlenden Straßendämme wird die Direktion wohl eine Null vergessen haben, denn in der Eisenbahnstraße allein fehlen 37, in der Hedwigstraße 15 Bäume.

Was die Bäume am Lilienplatz anbetrifft, so hat die Direk-

## Republikaner! Demonstriert am Sonntag für die Republik!

tion eben eine eigenartige Aussöhnung von Baumpflege. Uns ist bekannt, daß der Platz angelegt wurde, ohne daß die zur Erhaltung einer Anlage notwendige Wasserleitung gelegt wurde. Wollte man die Bäume erhalten, so wäre eben eine bessere Behandlung notwendig, wie man es in diesem Jahre mit den Ahornbäumen geschehen hat, die doch alle wachsen. Die Bäume sind ja auch oft im Laufe des Jahres vertrocknet, und als sie dieses Frühjahr nicht grünten, abgesägt worden. Die Angaben über den Gemüse- und Kartoffelbau halten wir aufrecht. Es handelt sich nicht um abgerückte Baumwollquartiere, sondern um Land, das schon jahrelang in Kultur ist. Vom Kartoffelbau versteht die Gartenverwaltung jedenfalls nicht viel, denn uns ist bekannt, daß sie im vergangenen Jahre am Wasserfeld Schönenfeld 13 Zentner Kartoffeln gelegt und nicht ganz 10 Zentner erntet hat. Dass bei einer solchen Kultur die Röhne nicht herausgewirtschaftet werden, ist selbstverständlich. Auf Wunsch können wir noch mit weiterem Material dienen.

### Nue Pashbestimmungen.

Weder zum Verlassen noch zur Einreise in das Deutsche Reich bedurfte es früher eines Passes; auf Grund des Gesetzes vom 12. Oktober 1887 bestand Passfreiheit. Wohl war es jedem unbekannt, sich, zum Ausweis über seine Persönlichkeit einen Pass ausstellen zu lassen, aber ein Passzwang bestand nicht. Das änderte sich beim Ausbruch des Krieges im Jahre 1914. Die Passfreiheit wurde aufgehoben, und sie ist bis heute nicht wieder hergestellt worden; im Gegenteil sind erst vor kurzem neue Bestimmungen erlassen worden, die mit dem 1. Juli 1924 in Kraft getreten sind.

Danach bedarf jeder Deutsche (Mann oder Frau) sowohl zum Verlassen des Reichsgebietes, wie auch zum Eintreten in das Reichsgebiet eines Passes. Ehemaligen und Eltern mit Kindern können Familienpasser erhalten. Über 15 Jahre alte Kinder haben eigene Einzelpässe. Für die Erteilung eines Passes ist die Postbehörde des Bezirks zuständig, in dem der Antragsteller seinen Wohnsitz hat. Eine Ausstellung an einem andern Orte ist nur ausnahmsweise gestattet und erforderlich in der Regel erhebliche Zeit. Zur Ausstellung eines Passes ist das persönliche Erstellen des Passbewerbers, bei Familienpassen des Familienhäuptes bei der Behörde erforderlich. Der Passbewerber hat seine Reichsangehörigkeit nachzuweisen und muß ein aus neuerer Zeit stammendes Matrikibild (bei Familienpassen genügt Gruppenbild) einreichen.

Der Pass muss verzögert werden, wenn der Reise geistliche Hindernisse entgegenstehen, weiter aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sowie wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß der Passbewerber den Pass benutzen will, um sich seinen Steuerpflichten zu entziehen oder die Ein- und Ausfuhrbestimmungen zu überstreiten oder zu umgehen. Bei der Verweigerung eines Passes ist die Behörde zur Angabe von Gründen nicht verpflichtet. Ein bereits erteilter Pass kann wieder entzogen werden, wenn der Behörde Tatsachen bekannt werden, die die Versorgung der Passausstellung gerechtfertigt hätten. Jeder Pass gilt grundsätzlich für das Inland und für das Ausland und zwar immer auf die Dauer von zwei Jahren von der Ausstellung an. Er kann jeweils um höchstens ein Jahr und zwar bis zur Geländefähigkeit von fünf Jahren verlängert werden. Der Pass einer weiblichen Person wird mit ihrer Eheschließung ungültig und muß dann unter Vorlegung des Heiratsurkunden von der Passbehörde ergänzt werden.

Mangelhafte oder fehlerhafte Pässe sind ungültig. In jedem Fall muß ein Unbedenklichkeitsvermerk des Finanzamtes sein, aus dem hervorgeht, daß gegen die Ausreise steuerliche Bedenken nicht bestehen.

### Die Kennzeichen für Rindviecher.

Ein Leser der Juniper Gemeinde sandt, wie er dieser mitteilt, im Heft 14 der Bebanta-Philosophie folgende interessante Stelle: „In der Sastri-Grammatik von Panini, die um das Jahr 400 vor Christi Geburt abgeschafft wurde, wird die Swastika oder das Haltenkreuz als eines der alten Zeichen, um das Auge zu kennzeichnen, beschrieben, und noch in heutiger Zeit werden die Kinder und Schafe von der ungeübten Klasse Indiens mit einem Kreuz versehen.“ Mit der Swastika ist das bekannte Haltenkreuz der Deutschen und Gesinnungsgenossen gemeint. Einst trugen es die Rindviecher. Und heute... scheint das Haltenkreuz in den 2300 Jahren noch keinen, aber auch gar keinen Bedeutungswandel durchgemacht zu haben.

Expreßpostlehr zur Herbstmustermesse. In der Zeit von Mittwoch, den 27. August, bis mit Sonntag, den 31. August 1924, werden zwecks schnellerer Auslieferung die für Leipzig Hauptbahnhof Ort bestimmten Expreßgüter nicht in der Gepäckabfertigung des Hauptbahnhofs, sondern für Hauptbahnhof Ostseite am Gilguthoden Leipzig, Dresden, Pf., für Hauptbahnhof Westseite am Verkaufsbüro der Güterabfertigung Leipzig Magdeburg, Thür., Pf. ausgeliefert. Sie sind dort während der geordneten Dienststunden abzuholen. Die Auslieferung der abgehenden Expreßgüter hat wie immer bei der Gepäckabfertigung des Hauptbahnhofs zu erfolgen.

Spezialwirtschaften (Imbissräumen), die in unmittelbarer Verbindung mit einem Laden stehen, dürfen nur an Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends und an Sonntagen überhaupt nicht offen gehalten werden. In verschiedenen Läden erfolgt neben dem Verkauf von Lebensmitteln über die Straße die Abgabe solcher zum sofortigen Genuss an Ort und Stelle. Zu diesem Zwecke sind in einem Teil des Ladens Tische und Stühle ausgestellt. Die Läden mit Imbissräumen werden auch nach 7 Uhr abends für den Verkauf zum sofortigen Genuss an Ort und Stelle offen gehalten in der Meinung, daß es sich um eine Spezialwirtschaft und nicht um einen offenen Laden handle. Diese Aussöhnung ist ungutstellend. Mit

anderen Verkaufsstellen verbundene Spezialwirtschaften unterliegen nur dann nicht den Bestimmungen über die Ladenöffnungszeit und die Sonntagsruhe, wenn Laden und Spezialwirtschaft räumlich getrennt sind und jeder Raum einen besonderen Eingang von außen hat, so daß es möglich ist, die Ladenöffnungszeit durchzuführen. Gegen Gewerbetreibende, die lästig ihre mit einer offenen Verkaufsstelle verbundene Spezialwirtschaft nach 7 Uhr abends und an Sonntagen offen halten, wird eingelehnt werden.

Eine „Berichtigung“ des Internationalen Bundes des Kriegsaussterbers. Auf Grund des § 11 des Preußischen bitten wir um nachstehende Berichtigung in Ihrer Zeitung (Betrifft Artikel in der Leipziger Volkszeitung vom 31. Juli 1924, der Missbrauch des Kriegsaussterbers für die kommunistische Demonstration). Es ist unwahr, daß der Internationale Bund der Kriegsaussterber kommunistisch eingestellt ist. Wir sind vielmehr, daß der I. B. parteipolitisch neutral ist. Es ist unwahr, daß der I. B. der Kriegsaussterber auf die Sammelrede der kommunistischen Demonstranten losen sollte, vielmehr steht fest, daß die geplante Demonstration des I. B. bereits schon am 2. Oktober vergangenes Jahres auf dem Internationalen Weltkongress in Berlin beschlossen wurde. Brandenburgische Abmachungen, bezüglich der Demonstration zwischen dem I. B. und der Kommunistischen Partei haben nicht stattgefunden. Dies aus Berichtigung.

Es gehört schon eine Portion Mut dazu, zu behaupten, der Bund sei nicht kommunistisch eingestellt. Ist doch die ganze Propaganda dieses Bundes auf Kampf gegen die Sozialdemokratie eingestellt, das beweisen die verschwindenden Flugblätter, mit denen für den I. B. Mitglieder geworben werden sollten. — Der Bund hatte genau wie die R. K. seine Demonstration nicht angemeldet. Als sie ihm deshalb verboten wurde, hielt er es auch absolut nicht für notwendig, sich mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft solidarisch zu erklären. Alles Leugnen verteilt die Tatsache nicht, die vom I. B. angegebenen Sammelpunkte ohne weiteres die der Kommunisten waren. Der Bund diente also als Vorwand für die Kommunisten.

Die Buchausstellung, die aus Anlaß der Kulturowoche in der Messehalle am Alten Theater eröffnet ist, verdient, ebenso wie die Kunstaustellung im Bildermuseum, die größte Aufmerksamkeit und den stärksten Besuch unter Genossen und Genossinnen. Beide Ausstellungen sind bis zum 12. August geöffnet; die Kunstaustellung wochentags von 9 bis 6 Uhr, die Buchausstellung von früh 8 bis abends 8 Uhr. — Es ist zu empfehlen, daß unter Oktosvereine, Frauen- und Jugendorganisationen den Besuch der Ausstellung organisieren.

Deutscher Republikanischer Reichsbund! Die Mitglieder des Deutschen Republikanischen Reichsbundes werden geschlossen an der Verlagsfeier des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold teilnehmen. Treffpunkt am Sonntag, dem 10. August 1924, vormittags 11 Uhr, am Haupteingang des Reichsgerichts.

### Rundfunkprogramm.

Leipzig.

Freitag, den 8. August, 1 Uhr: Börsen- und Pressebericht, 4,30-5 Uhr: Konzert der Hauskapelle, 7,30-8 Uhr: Vortrag: Otto Siebel „Schiller als Opernregisseur“. 8,15 Uhr: Mozart-Abend, Helga, „Sonate, Konzert, Kammermusik“. Vortrag vom Leipziger Musikfestsieger Ernst Smigelski, Eugenie Wilms, Opernängerin, Emil Lub (Violin), Hans Hornstein (Cello), Alex Nemeti (am Grottkau-Steinweg). Anschließend (etwa 9,30 Uhr) Pressebericht.

### Polizeinachrichten.

Leichenzund bei Hamburg. Am 1. August wurde im Billwerder Aufenthaltsgebiet im Sande verhaftet die Leiche eines 25 bis 30jährigen Mannes, anscheinend eines Arbeiters, aufzufinden. Die Weisheit zeigt eine schwere Schädelverletzung auf und war nur mit weitem, blaugesetztem Hemd, alter Militärröcke und Schnürstiefeln bekleidet. Neben ihr lag eine grünliche Weste.

Bermuth wird seit dem 12. Juli die Arbeiterin Hedwig Paul, 25 Jahre alt, aus Wermelskirchen (Kreis Düsseldorf). Sie ist an dem Tage mit Einwilligung ihrer Eltern mit ihrem Bräutigam Ernst Staller, Fabrikarbeiter, angeblich nach Leiningen gereist, um sich eine Ausbildung zu suchen. Staller ist später in der Gegend von Düsseldorf wieder gesehen worden, während die Paul seitdem nichts von sich hören lassen. In Rücksicht auf den Charakter des Staller wird es für möglich gehalten, daß ihr irgend etwas zugestochen bzw. sie von ihm in Verhältnisse gebracht wurde, denen sie sich nicht zu entziehen vermochte. Ein Bild der Paul und auch des Staller liegt bei der Kriminalpolizei aus.

Zeugen gesucht! Am 12. Juli d. J. nachmittags gegen 3 Uhr ist ein 37jähriger Radfahrer in der Verlängerten Altonaerstraße durch einen unabsichtlichen Fußgänger, der ihm in sein Rad hineinfiel, umgestoßen worden. Er geriet dabei unter ein Biergeschloß, das hinter ihm hergeschlagen kam, und wurde von diesem ein Stück auf dem Asphalt aufschlägt. Er trug erhebliche Verletzungen davon. Jener Fußgänger, dem von kümmerlichen Zeugen die Schulde beigeschrieben wird und war verhindert, ehe jemand daran dachte, seinen Namen festzustellen zu lassen. Angaben über seine Person werden an die Kriminalabteilung erbeten.

Ein Überfall auf ein Personenauto auf dem Täubchenweg am 3. August. Am Sonntag, dem 3. August, kurz nach 11 Uhr, ist auf dem Täubchenweg an der Antonstraße ein Personenaufzug von einer Anzahl Mitglieder eines kurz zuvor durch die Polizei aufgelösten Demonstrationzuges überfallen worden. In dem Auto befand sich ein Kriegervereinsmitglied mit zusammengerollten Fahnen. Mit Stufen und Täufchen wurde auf sie einschlagen. Bei dem Einbrechen der Polizei, die die Täter mit Gummiknüppeln abwehrte, ist einer jener festgenommen worden. Er behauptet, barfüßiger Fußgänger gewesen zu sein. Zur Klärung des Sachverhaltes werden die Polizei sowie der Fahrer des Kraftwagens gebeten, sich baldigst beim Polizeipräsidium, Zimmer 120, zu melden.

Zur Verlagsfeier des Polizeipräsidiums. Da an der gemeinsamen Verlagsfeier der Behörden infolge der beschränkten Raumverhältnisse in der Aula der Universität nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Beamten teilnehmen kann, veranlaßt das Polizeipräsidium am 11. August d. J. abends 18 Uhr, im großen Saale des Zoologischen Gartens eine besondere Verlagsfeier. Der Kreishauptmann a. D. Lange, hat die Ansprache übernommen. Künstlerische Musik- und Gesangsdarbietungen sollen die Feier umrahmen.

„Ich möchte den lebenden Menschen sehen, der...“ stieß sie lachend ein.

„Nicht alle Menschen sind gleich. Es hängt vom Innersten des Menschen ab, wie er anderem gegenüber steht. Oder auch Bildern gegenüber oder andern Dingen. Ich habe gelebt, daß ich bei einem Lieder Tränen in die Augen gestiegen sind.“

„Wegen der Erinnerungen, die daran hingen!“

„Erinnerungen oder Sehnsüchte. Wir kennen unsre eigene Seele nicht immer. Manchmal stehen wir vor unerwarteten Offenbarungen. Ich habe dir noch nie von meinem Zusammentreffen mit einer Frau erzählt, als damals die Katastrophe mich einsam gemacht hatte...“

„Mit einer Frau...!“

Jonathan sah sie an. Erstaunt und interessiert hatte sie sich aufgerichtet, das Lachen verschwand von ihrem Mund.

„Mit einer gemalten Frau,“ sagte er.

„O...“

Sie nahm ihre vorherige Stellung wieder ein, auf der Bank vorübergegangen, die Hände zwischen den Knieen.

„Es ist das Merkwürdigste, was ich erlebt habe. Ich hatte nie den Mut, es dir zu erzählen. Vielleicht wird du mich verstehen, vielleicht mich auslachen. Ich fühle, daß es einmal geschehen muß.“

Aufmerksam hörte sie ihm zu.

„Bevor ich meine Reise begann,“ fing er an, „hatte ich noch nie ein Bild gesehen. Wohl einmal das Bild des Kaisers, eine Landschaft mit Bergen, kein richtiges Gemälde wie dies. Verständnis hatte ich nicht dafür. Das sind auch Dinge, die einem Menschen nicht auf einmal gegeben werden zu.

In der Stadt, von der ich erzähle habe, der Stadt des Kaisers, war auch ein Museum. Verlassen ließ ich da zwischen den marmornen Statuen, den Bildern überall an den Wänden umher und versuchte etwas davon zu begreifen, in dem sicherer Gefühl, daß es doch nichts für mich sei.

Da stand ich plötzlich vor dem Bildnis einer Frau, die lachte.

### Kommunismusprozeß vor dem Staatsgerichtshof.

(Fortsetzung.)

#### 2½ Jahre Juchhaus für Diele!

In den an die Soldaten verteilten Flugblättern war von hungrigen Arbeitern die Rede. Der Vorstehende Niedner konnte es sich nicht verkneifen, von „sogenannten hungrigen Arbeitern“ zu sprechen. (1) In einem Flugblatt wurden die Soldaten aufgefordert, ihre Waffen gegen die Offiziere, Schieber, Bucherz usw. zu lehren. Dieses Flugblatt will der Angeklagte gar nicht kennen. Seiner Meinung nach sollte das erst nach seiner Verhaftung in die Alten gelangt sein. Dann verfasste der Vorstehende einen Brief der juristischen Zentrale der KPD, der sich mit dem Fall Diele beschäftigt. Er wollte daraus ableiten, daß der Angeklagte doch ein prominenten Funktionär der KP. sein müsse. Doch er mußte sich vom Verteidiger belehren lassen, daß die juristische Zentrale jeden Arbeiter, auch parteilose, unterstütze.

Als erster Zeuge trat der 31 Jahre alte Obergefreite beim Verteidiger Mr. 16 in Hofheim am August vor. Der Zeuge kann sich auf das meiste nicht mehr erinnern und muß erst vom Vorstehenden darauf gebracht werden. Herr Diele hätte von einem Bund freier Soldaten gesprochen, dem sie sich anschließen sollten. Dann könnten sie Geld verdienen, da sie auch nur Proletarier wären, wenn sie Geheimdienste und Waffen erlangten. Alles sollte unter einer Deckadresse dem Arbeiter Schumann in Hofheim am August übermittelt werden. Im übrigen hätte der Angeklagte die gesamte Zeche bezahlt und ihnen außerdem noch Geld gegeben.

Der Verteidiger stellt hier fest, daß das Geld für die Zeche kein solle und daß dies erst nach der Verhaftung Dieses bezahlt worden sei. Bezeichnend für den in der Reichswehr immer noch herrschenden hitlerischen Radikalismus war, daß der nächste Zeuge Soldat Wiegannd, 29 Jahre alt, das ihm vom Angeklagten überreichte Flugblatt nicht angesehen, sondern sofort dem nächsten Verteidiger gegeben hat. Dann setzte er sich in Widerspruch zum ersten Zeugen, indem er behauptete, von „geheimen Bescheiden“, die Schumacher zu überbringen wären, sei nicht die Rede gewesen. Von den Auslagen der andern drei vernommenen Soldaten war nur noch die Angabe des einen interessant, daß sich Diele nicht erheblich ins Gespräch gemischt hätte.

Der Kommunist Schumacher behauptete, Mitglieder der kommunistischen Partei zu sein und nichts von der mehrfach erwähnten Deckadresse zu wissen. Er will von der ganzen Geschichte überhaupt nichts wissen. Damit war die Beweisaufnahme geschlossen. Auf die Vernehmung der übrigen 4 Zeugen, darunter der kommunistische Verteidiger in Hofheim am August, wurde verzichtet.

In der Anklagerede betonte der Reichsanwalt Neumann (nicht Lesser, wie wir gestern berichteten), daß der Angeklagte wußte, daß die Waffen für den Bürgerkrieg bestimmt waren. Ein Teil bestand der Vorbereitung zum Hochverrat ist damit erwiesen. Bei der Strafverfolgung kommt vor allem die damalige Lage Deutschlands und der Ausnahmezustand in Betracht. Man müsse energisch Front machen gegen solche Verschwergungsarbeit. Er beantragte: 3 Jahre Juchhaus und 300 M. Geldstrafe oder 4 Jahre Gefängnis. Der Verteidiger Dr. Seidel (Frankfurt a. M. nicht Dr. Steinmeier, wie wir gestern schrieben) sagte in seiner Verteidigungsrede u. a.: Da der Angeklagte den Inhalt der Flugblätter nicht kannte — denn er hätte sie eben erst von seinem Begleiter erhalten — füllt die ganze Anklage im wesentlichen in sich zusammen. Auch nach den Angaben der Zeugen muß jeder den Eindruck gewinnen, daß Diele kein gefährlicher Agitator sein konnte. Der Mann ist lediglich für sich selbst gefährlich, aber nie für andre. Er beantragte, den Angeklagten freizusprechen oder ihm im Falle einer Bestrafung mindestens Bewährungsstrafe zu gewähren. — Der Angeklagte erwiderte, auch seine traurigen Familienvorhänge mit zu berücksigen, und wenn er sich schon schuldig gemacht habe, um Milde.

Nach einständiger Beratung verurteilte der Staatsgerichtshof den Angeklagten wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Vergehens gegen § 7 Abs. 4 des Republikanugesetzes zu 2 Jahren 6 Monaten Juchhaus und 200 M. Geldstrafe. 6 Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet. Der Staatsgerichtshof hat als vollkommen erwiesen an, daß der Angeklagte als ein Funktionär der KPD zu betrachten ist. Er habe sich um Waffenbeschaffung bemüht und die Soldaten gegen die Vorgesetzten aufgehetzt. Der Fall sei als besonders schwer anzusehen, weil der Angeklagte an das letzte Werkzeug des Staates, an die Reichswehr herantrat, um sie zu zerstören. Es sei darum nötig, eine besonders schwere Bestrafung einzutreten zu lassen, gerade zum Schutz der Republik.

Leipzig, 7. August. Heute vormittag begann unter dem Vorst. des Senatspräsidenten Niedner die Verhandlung gegen 10 Angeklagte, darunter eine Frau, wegen Munitionraub bei der Reichswehr und Landesverrat. Der erste Angeklagte, der Obergefreite Gräfe, hat im Gefängnis Selbstdorf begangen. Die Angeklagten stehen im Alter von 21 bis 39 Jahren, 4 sind verheiratet. Seit dem 7. Dezember 1923 sind sie in Untersuchungshaft. Die Reichswehrangehörigen vertheidigte Dr. Doering in Leipzig. Der Kommunist Kurt Grossmann wird vom Reichsanwalt Dr. Samter (Berlin) vertreten die übrigen vertheidigte Dr. Herzfeld. Vor Eintritt in die Verhandlung stellt Dr. Samter den Antrag auf Ablehnung des Vorstehenden.

Niedner. Temperamentvoll, aber äußerst sachlich, führt er die zahlreichen Gründe an, wie vorgestern bereits Dr. Seidel. Was die Bezeichnung der roten Sonnenfahne als Leben antrifft, so möge man sich einmal vorstellen, daß der Papst einem Zentrumverein eine internationale Kirchenfahne schenke, und daß diese dann

Sie hing am Ende der Mittelgalerie, in einem großen Saal beim Eingang. Wer das Museum durchschritt und wußte, daß sie da sein müsse, konnte sie leicht finden. Aber ich wußte von nichts. Ich hatte sie nicht bemerkt, bevor ich in den Saal selbst hineinkam. Aber von dem Augenblick an gab es nichts anderes für mich.“

Meggy blickte nach dem silbernen Nebel am Vande hinüber und schwieg.

„Wenn das Wunder meiner Rettung mich nicht in eine so ungewöhnliche Situation gebracht hätte, würde ich, glaube ich, nichts Besonderes an dieser Frauengestalt gefunden haben. Der Beweis: ich muß sie früher schon in einem Sonntagsblatt gesehen haben. Die hatten das Bild aus dem Museum weggenommen, die ganze Welt hatte danach gesucht, und endlich war es wieder auf seinen Platz zurückgebracht.“

„Ich erinnere mich,“ rief das Mädchen überrascht. „Ein Fleischabfall aus unserer Stadt hatte seinen Urenten nach dem Kontinent geschickt, um es aufzuhüten und für sein Museum zu kaufen, kostete es, was es wollte.“

„Die Abbildung in der Zeitung,“ fuhr Jonathan fort, „hatte mir nichts gesagt. Daß sie ein Ding so viel Geld wert sein könnte — weiter dachte ich mit nichts dabei. Wenn wir arm sind, denken wir an Geld, wenn wir Sehnsucht haben...“

Er vollendete den Satz nicht und sah sie an, ob sie ihn verstanden. Über sie bewegte sich nicht.

„Ach?“ fragte sie.

„Als ich die Frau nun selbst sah, lachend



auch ohne Verwendung von Nahrungsmitteln, lediglich aus den Abläufen der Zellstofffabriken einen in jeder Hinsicht gleichwertigen Alkohol zu brennen. Im Interesse der Agrarier wurde diesen Brennereien durch steuerliche Belastung der Wettbewerb fast unmöglich gemacht.

#### Unerhörte Auswucherung durch die Fleischpreise durch den Kleinhandel.

Einen krassen Beitrag zum Preisunfug, der sich noch immer der weitgehendsten Toleranz der Regierung zu erfreuen hat, liefert die Entwicklung der Berliner Fleischpreise. Es kosteten:

1. Juni 1924	1. August 1924
Viehhof Kleinhandel	Viehhof Kleinhandel
Rindfleisch	33,5 110 33 130
Kalbfleisch	72,5 130 67,5 160
Hammelfleisch	35,5 90 34 120

Die Preise verstehen sich per Pfund in Pfennigen und stellen das Ergebnis der Preiskorrektur dar, die Graf Kanitz den Gewerkschaften gelegentlich der Besprechung über die Zollvorlage versprochen hat.

Hoffentlich wird die Regierung angesichts der Tatsache, daß die Preise in dem Maße steigen, wie die notwendigen Pleiten zurückgehen, das Preisproblem weniger lax behandeln als bisher.

#### Starke Steigerung der belgischen Eisenproduktion.

Dem Berliner Tageblatt wird aus Brüssel geschrieben: Es ist interessant, die Fortschritte der belgischen Eisenindustrie seit Kriegsende in diesem Augenblick, wo die Krisis bestätigende Formen anzunehmen droht, etwas näher zu beleuchten. Nimmt man die durchschnittliche Monatsproduktion von 1913 als Basis von 100 an, so war diese im Jahre 1919 für Roheisen 10,1, für Rohstahl 13, für Fertigstahl 18,4 und für Handelseisen 22,6. Im Jahre 1922 war das Verhältnis 64,6 für Roheisen, 62,3 für Rohstahl, 75,8 für Fertigstahl und 59,2 für Handelseisen. Seit Dezember vorigen Jahres bis Ende Mai dieses Jahres hat jedoch die Erzeugung einen solchen Umfang angenommen, daß sie diejenige von 1913 einholt und sogar überholt hat, wie nachstehende Zahlen beweisen:

Roheisen	Rohstahl	Fertigstahl	Handelseisen
Dezember	101,2	103,1	122,2
Januar	100,9	112,1	134,9
Februar	99,5	104,3	124,5
März	111,5	111,3	133,5
April	110,9	111,1	126,3
Mai	114,2	121,5	131,5

Der leichte Rückgang im Monat Februar hängt mit der 28-tägigen Arbeitsspanne zusammen. Es erhellt hieraus, daß sich die belgische Eisenproduktion, trotzdem weniger Hochfeuer in Betrieb waren, seit 1913 bedeutend verstärkt hat und mithin sämtliche Anlagen bis zu ihrer höchsten Leistungsfähigkeit systematisch ausgebaut worden sind.

#### Russische und polnische Naphtha-Industrie.

Aus gut unterrichteter Quelle wird dem Pariser Korrespondenten des Ost-Express berichtet, daß ein Vertreter der im Petroleumgeschäft stark interessierten und der Sinclair Oil Co. nahestehenden französischen Bank, Bénard, Besprechungen über russische Naphthaangelegenheiten mit dem Leiter des Asnept, Serebrowski, und dem Direktor des Arcos, Rosenthal, in London gehabt hat. Die Bank hat zusammen mit dem Bankhaus Daniel Dreyfus vor einigen Monaten eine Option auf wichtige Konzessionen im Distrikt Nowo-Grosny von einer Gruppe bekannter russischer Naphthaunternehmer (Mandaschew, Lianosow u. a.) erworben. Gerüchtweise verlautet, daß diese Konzessionen bereits von der Sinclair Oil durch Vermittlung der Bank Bénard erworben sind und die genannten Besprechungen in London den Einzelheiten ihrer Exploitation gewidmet waren. Anderseits wird behauptet, daß die Bank Bénard der Sowjetdelegation einen Plan zur Eröffnung größerer Kredite gegen Gewährung verschiedener Konzessionen in den russischen Naphthagebieten vorgeschlagen habe. Serebrowski und Rosenthal sind vor kurzem nach Amerika gereist.

Der frühere polnische Handels- und Industrieminister Schidowski führt, wie der Ost-Express meldet, gegenwärtig in London Besprechungen mit verschiedenen am Naphthageschäft interessier-

ten Finanzgruppen, besonders mit der Royal Dutch Shell, über eine größere Beteiligung des englischen Kapitals an der polnischen Naphthaindustrie. Schidowski soll von den einflussreichsten polnischen Gruppen delegiert sein und von der polnischen Regierung unterstützt werden.

**Sportmesse.** Im Rahmen der vom 2. bis 5. Oktober d. J. stattfindenden zweiten Danziger Internationalen Messe wird unter Mitwirkung der Gemeinschaft für Leibesübungen in Danzig eine besondere Turn- und Sportartikelmesse organisiert. Diese Sonderschau dürfte vor allem das Interesse der deutschen Sportartikel- und Sportgeräte-Fabrikanten verdienen, zumal in den osteuropäischen Staaten diese Artikel und Geräte kaum hergestellt werden. Da zur Messe Einkäufer und Besucher aus allen osteuropäischen Staaten und aus Skandinavien erwartet werden, kann den einschlägigen Firmen nur empfohlen werden, sich zur zweiten Danziger Internationalen Messe anzumelden.

**Die Pariser Getreidebörsen,** die seit dem 18. Februar politisch geschlossen war, ist, wie aus Paris gemeldet wird, wieder eröffnet worden. Die Schließung, die in die Zeit der überstürzten Frankenkasse fiel, war damit begründet worden, daß durch die Getreidenotierungen eine übersteigerte Erhöhung der Brotpreise und eine Störung der öffentlichen Ordnung zu befürchten sei.

**Zollerhöhung in Norwegen.** Das Storting hat eine Erhöhung der Zölle für verschiedene Waren beschlossen. Der Zoll auf Speck wird auf 25 Oere je Kilo, der Zoll für blechlöhnte Kabel auf 10 Oere und für andre Kabel auf 35 Oere, für Porzellansolatoren für hochgespannten Strom auf 35 Oere, für niedriger gespannten Strom auf 25 Oere und für andre Isolatoren auf 6 Oere per Kilo erhöht. Der Zoll auf Äpfel und Birnen wird in den Monaten August bis Dezember einschließlich auf 30 Oere, für die übrigen Monate auf 15 Oere festgesetzt. Die geltenden Zuschlags- und Goldzuschlagszölle bleiben bestehen.

**Geldüberfluß in Neuyork.** Die neue norwegische Staatsanleihe in Höhe von 25 Millionen Dollar wurde am Mittwoch in Neuyork ausgegeben. In wenigen Stunden war sie mit 40 Prozent überzeichnet. Der Emissionskurs ist 97,50.

**Der Londoner Goldpreis** beträgt laut einer Bekanntmachung im Reichsanzeiger ab 6. August für eine Unze Feingold 92 sh 8 d, ein Gramm Feingold demnach 35,7516 Pence.

**Eigenregle in der Türkei.** Nach türkischen Blättermeldungen will die türkische Regierung vom 27. September ab die Erzeugung, die Einfuhr und den Verkauf von Zündhölzern in eigene Regie übernehmen.

#### Amtliche Preise der Produktionsbörse: Berlin, 6. August.

Produkte	6. August	5. August
Weizen, märkischer	186—191	188—193
Roggen, märkischer	187—144	141—147
Gerste, Sommer-	172—182	172—182
Winter-	166—174	166—174
Hafer, märkischer	154—163	158—164
Weizenmehl	26,25—28,25	25,25—28,25
Roggenmehl	21,00—23,25	21,25—23,25
Getreide 1000 Kilo, Mehl 100 Kilo.		
Metalle. Berlin, 6. August. Kupfer (Elektrolyt) 128,25.		
Baumwolle. Brünen, 6. August. 33,33.		

#### Gerichtsstaat.

##### Gewerbegericht.

Recht unhalbare Zustände herrschen in der Spamerischen Buchdruckerei und wiederholt mußte sich das Gewerbegericht mit dieser Betriebskrise beschäftigen. Ohne jeden Grund wurden am 7. Juli ein Betriebsratmitglied und einige Arbeiter entlassen. Die Arbeiter klagten auf Wiedereinstellung oder Fortzahlung ihres Lohnes. Die Firma beantragte Klageabweitung, da die Betroffenen nur wegen schlechten Arbeiten entlassen worden wären. In der ganzen Verhandlung trat wiederum der bekannte Herrenstandpunkt dieser Firma in Ercheinung. Wer sich in diesem Betrieb nicht fühlt, der

wird auf die Straße geworfen. Wiederholt versuchte der Vorstand einen Vergleich anzubahnen und machte dem Vorstandsrat Duble und einem Vertreter, Dr. Wölffer, auf die Unzulänglichkeit der Entlassung eines Betriebsratmitgliedes aufmerksam, doch die Firma verlangte Urteilsentscheidung. Ihre Behauptung, das Betriebsratmitglied und die Arbeiter wären wegen fehlerhaften Arbeitens entlassen worden, wurde von den Klägern gründlich widerlegt. Über sechs Jahre hat das Betriebsratmitglied bereits in dieser Firma gearbeitet, ohne daß irgendwelche Beanstandungen erfolgten. Nach § 32 des Betriebsvertrags kann ohne Zustimmung des Betriebsratmitgliedes ein Betriebsratmitglied überhaupt nicht entlassen werden. Jedoch die Vertreter der Firma erklärten, sie hätten die Genehmigung von einzelnen Mitgliedern eingeholt und als sie wiederum vom Vorstande befragt wurden, von wem die Zustimmung erfolgt sei, idemwegen ließ aus.

Der als Zeuge geladenen Vorstande des Betriebsrates erklärte, daß eine Zustimmung zur Entlassung ihres Kollegen vom Betriebsrat nicht erfolgt sei. Nach längerer Beratung wurde die Firma Spamer verurteilt, dem Kläger einen Betrag von 500 Mark auszuzahlen und zwar in drei Raten innerhalb eines Monats. Betreffs der entlassenen Arbeiter soll nochmals ein unparteiischer Sachverständiger gehört werden, der feststellt hat, ob die Arbeiter für den entstandenen Schaden verantwortlich gemacht werden können. Die Verhandlung wurde deshalb verzögert.

#### Sportheit.

**Karlsbadfahrt.** Die Vorturner und Turnwarte der Leipziger Vereine, die nach Karlsbad fahren, bilden in Karlsbad die Säulenfahrt bei den Freiländern der Turner und Turnertinnen. Antritt am Sonnabend, früh 9 Uhr, auf dem Festplatz.

**Sonnabend, den 9. August, nachmittags 6.30 Uhr**

#### Lindenau I — Stötteritz I

Sportpark Lindenau, Ecke Grenz- u. Rietschelstraße

**Gretlan, den 8. August, abends 11 Uhr. Nordplatz**

#### Hertha I — Liebertwolkwitz I

**F. C. Eintracht, Schkeuditz**

Luft für Sonntag, den 10. August 1924. Geant für 1. und 2. Herrenmannschaft sowie 1. Schülermannschaft. Angebote an Paul Krupik, Schkeuditz, Leipziger Straße 34.

#### Schönefelder Fußball-Vereinigung 1910 E. V.

Am 9. und 10. August 1924

#### zur Platzweihe im Volkspark

Schönefeld, Lindenallee

##### S. F.-V. I — Eilenburg I

##### S. F.-V. III — Eilenburg III

S.F.V. I. u. 2.Jgd.—Dresden. Ballspielver. 1915 I. u. 2.Jgd.

Am 9. August, abends 6 Uhr

#### S. F.-V. A. H. — Vorwärts Süd A. H.

#### Beratungskalender.

Donnerstag, den 7. August.

DVB, Transportarbeiter, Volkshaus, 11/8 Uhr.

Freitag, 8. August.

DGB, Großhandel, Einzelhandel, Lebensmittelgroßhandel, Kohlenhändler, Volksbank, 7 Uhr. Betriebsrat, Delegierte der Maschindustrie, Volkshaus, 5 Uhr. Baukempner, Volksversammlung, Volkshaus, 11/8 Uhr. Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Intervallen ersichtlich.

# Außergewöhnliches Angebot in Haushaltwaren

**Verzinkte Wannen** oval mit Fuß  
 40 44 48 52 56 60 65 cm Durchm.  
 2.10 2.00 2.90 3.40 4.00 4.50 5.20  
 70 75 80 85 90 95 100 cm Durchm.  
 5.00 6.70 7.80 8.70 10.00 11.50 13.00

**Verzinkte Wannen** rund mit Fuß  
 36 40 44 48 52 56 60 cm Durchm.  
 2.10 2.50 3.10 3.50 4.10 4.90 5.50

**Verzinkte Maschinentöpfe**  
 24 26 28 30 32 34 36 cm Durchm.  
 1.40 1.50 1.65 1.85 2.10 2.40 2.60

**Verzinkte Eimer** 28 cm Durchm. 1.10

**Vorratsschränke**  
 in  
 großer Auswahl

**Volksbadewannen**  
 extra schwere Qualität,  
 im Vollbad verzinkt,  
 ohne Wulst .....

180 170 cm Durchm.

19.50 18.00

**Volksbadewannen**  
 extra schwere Qualität,  
 im Vollbad verzinkt,  
 mit Wulst .....

180 170 cm Durchm.

22.50 21.00

**Einkochapparate**  
 In verzinkt, komplett mit Einsatz,  
 6 Federn und Thermometer.... 4.95

**Emaille-Wannen** oval mit Fuß, grau  
 50 55 60 65 70 cm Durchm.

3.90 4.90 5.85 7.50 9.00

**Emaille-Wannen** oval mit Fuß, braun  
 40 45 50 55 60 cm Durchm.

3.75 4.15 4.70 5.85 7.00

**Emaille-Wannen** rund mit Fuß, braun  
 35 40 45 50 55 cm Durchm.

4.00 4.40 5.00 6.25 7.50

**Emaille-Toiletteneimer** mit Deckel, weiß .....

3.50

**Emaille-Kehrschaufel** grau, 24 cm .....

80

**Teppich-Kehrmaschine** mit Stiel und Gummiecken .... kompl. 10.50

**ALTHOFF**

## Verbandsaggregation deutscher Berufsfeuerwehrmänner.

Leipzig, 7. August.

Der Geschäftsbereich des Verbandsvorstandes wird vom Verbandsvorsitzenden, Genosse Weilmair, eröffnet. Er zeichnet in großen Linien die politischen Ereignisse und deren vernichtende Wirkung. Die Gewerkschaften als Wirtschaftsorganisationen haben unter diesen Nöten besonders stark zu leiden gehabt. Wie in der Industrie die Arbeitszeitfrage zu großen Kämpfen geführt hat, so ist es bei der Berufsfeuerwehr die Frage des Wochendienstes zum Kampfobjekt geworden. Im mühseligen Arbeit war es überall dort, wo einsichtige Stadt- und Gemeindebehörden vorhanden waren, gelungen, den Wachdienst auf 24 Stunden herabzulegen. Aber schon ist die Reaktion auf dem Marsche. Die Bewilligung der Stadt Königsberg brachte im Personalausschuss des Deutschen Städtebundes einen Antrag durch, in dem die Wiedereinführung der 48-stündigen Wachdienstzeit gefordert wird. Trotz Protestes beschließt Königsberg als erste Stadt diesen Weg und führte ab 1. März 1924 die 48-stündige Wachdienstzeit ein. Gegen dieses Urteil ist angeklagt worden. Es ist auch gelungen, die Behörden für diese Frage zu interessieren. Als äußerstes Zugeständnis soll die 48-stündige Dienstzeit wieder eingehalten werden. Von der Anwendung des leichteren gewerkschaftlichen Mittels, dem Streik, war in diesem Falle abgesehen worden, da noch eine Entscheidung des Regierungspräsidenten in dieser Frage außen stand. In der Frage der Bezahlung sind vom Vorstand alle Wege zur Erreichung von Verbesserungen begangen worden. Aber auch hier tat sich im Bezahlungs-Spektrum ein wesentliches Hindernis auf, so dass auch den wenigen fortsetzenden Stadtverwaltungen, die die Not der Beamten erkannten und helfen wollten, die Hände gebunden waren. Eine nicht unbedeutende Rolle in der Tätigkeit des Verbandsvorstandes hat die Frage des Erfolges der Schuhkleidung gespielt. Weiterhin bemühte sich der Vorstand, die Frage der Versicherungspflicht für die noch im Angestelltenverhältnis tätigen Feuerwehrmänner zu klären.

Der Bericht des Verbandsausschusses war sehr kurz. Zu einem Eingreifen war diese Körperschaft nicht genötigt, da in seinem Falle große Differenzen zwischen den einzelnen Mitgliedschaften und dem Verbandsvorstand zu verzeichnen waren.

Nachdem der Kassenbericht erledigt war, beginnt die Aussprache zu den Behörden. Eine Reihe Diskussionsredner markierten auf und über in lachlicher Weise Kritik an der Haltung des Verbandsvorstandes und im besonderen an der Tätigkeit des Vorsitzenden. Die Berliner Gruppe, die allem Anschein nach in starker Opposition zu der Haltung des Vorstandes steht, schlägt u. a. einen kommunistischen Delegierten ins Gesetz. Dieser sieht seine Aufgabe darin, mit den bekannten kommunistischen Schlagworten zu arbeiten. Einem durchführbaren Vorschlag zur Fortsetzung der beanstandeten Punkte kann er nicht machen. Er empfiehlt aber, um aus all diesen Dingen herauszukommen, bei einem großen Freund im Ausland (Rußland) Anschluss zu suchen. Wesentlich wird der Verbandsvorstand durch die sachlichen Ausführungen eines Königsberger Delegierten entlastet. Nachdem Genosse Neumann die Haltung des Verbandsvorstandes vertheidigt hat, kommt Genosse Falkenberg vom ADGB zu Wort. Er weist zunächst alle die von dem kommunistischen Redner dem ADGB gemachten Vorwürfe zurück und rechtfertigt im besonderen das Vorgehen des Verbandsvorstandes in der Königsberger Frage. Die Ausführungen des Genossen Falkenberg wurden mit starkem Beifall belohnt.

Leipzig, 8. August.

Zunächst wird in der Vormittagsfahrtung ein Begegnungsschreiben des ADGB verlesen. Darauf nimmt man den Bericht der Wahlprüfungskommission entgegen. Alle Mandate werden für gültig erklärt.

In dem Schlussswort plädiert Wiss als Berichterstatter des Verbandsausschusses für die Ausstellung eines Sekretärs. Er erhält weiter, einem Entlastungsamt für den Kassierer und Vorstand die Zustimmung zu geben. Der den Verbandsvorstand spricht Genosse Weilmair. Er erhält die Berliner Vertreter, etwas mehr mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen und nicht Geschäftspolitik zu treiben.

Ein Antrag des Verbandsausschusses, dem Verbandsvorstand das Vertrauen auszusprechen, wird mit 26 gegen 17 Stimmen angenommen.

## Gewerkschaftsbewegung.

## Der Erfolg des Bauarbeiterkampfes.

Nach fünfeinhalbwochiger Aussperrung und nach vorherigem zweiwöchigen Streit der Zimmerer ist für die Bauarbeiter von Leipzig und Westsachsen ein Kampf beendet worden, der ihnen einen ansehnlichen Erfolg gebracht hat. Wenn auch die Bauarbeiter nicht restlos ihre Forderungen durchsetzen, und die 45½-Stundenwoche nicht halten konnten, so ist doch der Kampfschluß moralisch und materiell hoch zu bewerten, wenn man nämlich berücksichtigt, daß die Arbeiterschaft in anderen Berufen zum großen Teil den Achtfunderttag in den letzten Monaten verloren hat. Auch das Unternehmertum im Baugewerbe macht bekanntlich erhebliche Anstrengungen, den Achtfunderttag zu mehren und findet dabei die

Unterstützung von Schlichtungsstellen, ist doch vor kurzem erst ein Schiedsspruch für das gesamte Baugewerbe des Reiches gefällt worden, wonin für die Sommermonate die 52-Stunden-Woche vorgesehen ist. Dieser Schiedsspruch ist selbstverständlich von den Bauarbeiter-Organisationen abgelehnt worden. Aber daran kann man erkennen, was für einen Erfolg die Leipziger Bauarbeiter erzielen haben, daß sie wenigstens die 46½-Stunden-Woche in ihrem Abwehrkampfe durchsetzen konnten. Sah doch der Schiedsspruch vom 4. Juli die 47-Stunden-Woche vor.

Das höchste Baunternehmertum ist seit langer Zeit bemüht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe Sachsen für das ganze Land einheitlich zu regeln, wogegen sich die Bauarbeiter mit Recht wehren, da zwischen dem ost- und westsächsischen Bezirk wesentliche Unterschiede in den Kosten der Lebenshaltung und in den sonstigen Lebensbedingungen bestehen. Diese Bestrebungen der Unternehmer schienen auch von Erfolg zu sein, da der Schiedsspruch vom 4. Juni für ganz Sachsen gefällt worden war. Jetzt haben es nun die Bauarbeiter durchsetzen können, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder beziffert getreten werden. Auch das ist ein Erfolg ihres festen Zusammenhaltes und ihres gemeinsamen Kampfes um die von ihnen aufgestellten Forderungen.

In der Lohnfrage war von den Bauarbeitern ein Stundenlohn von 90 Pf. gefordert worden. In dem Schiedsspruch vom 4. Juli war der Spitzelohn für ganz Sachsen auf 75 Pf. festgelegt und für Leipzig eine Sonderzulage von 5 Pf. vorgesehen. In späteren Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer Leipzig bereit, den Bauarbeitern, die auf Mietbauten beschäftigt waren, 82 Pf. Stundenlohn zu gewähren, während die anderen Bauarbeiter mit 80 Pf. abgesehen werden sollten. Auch dies wurde selbstverständlich von den Bauarbeitern abgeschlagen. Der neue Schiedsspruch, der zur Beilegung des Konflikts im Baugewerbe geführt hat, sieht für die Leipziger Bauarbeiter allgemein einen Spitzelohn von 82 Pf. Stundenlohn vor.

Während die Bauarbeiter in den Kampftagen einheitlich und geschlossen zusammenstanden, abgesehen von den Quertrieben des „Verbandes der Ausgeschlossenen“, herrschte im Unternehmertum die größte Uneinigkeit. Der Aussperrungsbeschluß des Unternehmerverbands wurde nur von einem Teil seiner Mitglieder durchgeführt. Alle Anstrengungen der Schatzmacher, die Aussperrung in allen Betrieben durchzuführen, scheiterten an der verständigen Haltung eines Teils der Unternehmer. Hinzu kam, daß der große Betrieb der Städtischen Baugesellschaft ebenfalls keine Arbeiter nicht auspeilte, und daß dieses auch trotz eines unverhüllten Flügen- und Verleumdungsfeldzuges der Oberschärmacher des Leipziger Baunternehmertums gegen die Städtische Baugesellschaft und den Rat der Stadt Leipzig nicht erreicht wurde. So war die Front des Baunternehmertums von Anbeginn des Kampfes bereits gebrochen, was sich zugunsten der Bauarbeiter auswirkt. Es ist kein Geheimnis, daß die Uneinigkeit unter den Unternehmern bereits auch organisatorische Folgen für ihren Verband gezeigt hat, deren Ergebnis noch nicht abzusehen ist.

Die Bauarbeiter haben bewiesen, was Einigkeit und Geschlossenheit im Kampf mit dem Unternehmertum bei Anwendung einer klugen Taktik vermag. Ihre Aufgabe muß es nun sein, ihre Organisation noch schlagkräftiger zu gestalten und alle jene Elemente unabhängig zu machen, die etwa versuchen sollten, die Kampfkraft der Gewerkschaften zu lähmten. Die Bauarbeiter werden auch den kommenden Kämpfen gewachsen sein und sie mit Erfolg führen, wenn sie jederzeit bis zum letzten gerüstet sind.

Wie uns mitgeteilt wird, ist der Schiedsspruch von den Leipziger Zimmerern mit Zweidrittelmajorität abgelehnt worden. Da sich aber um eine bezirkliche Vereinbarung handelt, und im Bereich von 7670 Zimmerern sich 4330 für Annahme und 3340 für Ablehnung des Schiedsspruches entschieden haben, werden sich die Leipziger Zimmerer dem Spruch unterwerfen. Sie haben heute die Arbeit auf den Bauplätzen wieder aufgenommen. Die Leipziger Zimmerer halten trotz allerdem an der 45½-stündigen Arbeitswoche fest und werden zu gelegener Zeit erneut sie durchzusetzen versuchen. Eine eigenartige Rolle spielt der „Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter“. In einem Flugblatt, das er zur Urabstimmung verbreitete, forderte er „eine Mitglieder und die übrigen Bauarbeiter auf, den Schiedsspruch abzulehnen und an der 45½-stündigen Arbeitswoche festzuhalten. Um dieselbe Zeit aber, wo dieses Flugblatt verbreitet wurde, ließ der Verband der Ausgeschlossenen durch Kuriere keine Leute benachrichtigen, daß sie am Mittwoch die Arbeit aufzunehmen hätten. Dieses Doppelspiel des Verbandes der Ausgeschlossenen“ charakterisiert die Leute zur Genüge, die an der Spitze des kommunistischen Verbündnisses stehen.

Wie eilig es manche der „Ausgeschlossenen“ hatten, den in großer Not befindlichen aussperrungswütigen Baunternehmern zu Hilfe zu kommen, geht u. a. daraus hervor, daß der Obmann des Betriebsrates der Firma Steyer und Junktion des „Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter“ vor allen anderen zuerst die Arbeit wieder aufgenommen hat. Auf der Baustelle der Firma Steyer in Modau haben Mitglieder des „Verbandes der Ausgeschlossenen“ Streikarbeit verrichtet, indem sie die Versiegelung abschafften, eine Arbeit, die nicht von Bauarbeitern, sondern von Zimmerern zu verrichten ist. Am Mittwoch aber standen die Zimmerer noch mitten im Kampf. Die fraglichen Mitglieder des „Verbandes der Ausgeschlossenen“ sind also den kämpfenden Zimmerern in den Rücken gefallen. Auch ein Beitrag zu dem klassenkämpferischen Verhalten der Verbandsmitglieder der „Ausgeschlossenen“.

## Ein schlagfertiger Bäckermeister.

Vom Verband der Bäder und Konditorei wird uns geschieben: Ein feiner Bäckermeister ist zwielos Herr Arno Bernstein, Leipzig. Ecke Nürnberger und Sternwartstraße. Bei einem Kontrollrundgang traf ein Bäckerjunge Herrn Bernstein schon vor 6 Uhr morgens — entgegen den gesetzlichen Bestimmungen — bei der Arbeit an. Herr Bernstein wurde durch das öffentlichkeitswirksame Kellerfenster (Kellerbäckerei) von dem Gesellen aufmerksam gemacht: die Bäckereiverordnung zu beachten, die den Arbeitsschritt vor 6 Uhr nicht zuläßt. Darauf rief Herr Bernstein dem Gesellen zu, er möchte doch herunterkommen, um sich auszuweisen. Dem kam der Geselle nach. B. schickte den Lehrling, um das geschlossene Haus öffnen zu lassen. Im Bäckraum angelangt, nahm zunächst der Sohn des B. den Ausweis, der vom Verband ausgestellt war, und warf ihn mit Schimpfworten auf den Fußboden. Dann kam wie ein Wegelagerer der Meister B. mit den Worten gestürzt: Da Laufende, soll ich dich denn erwürgen, auf den Gesellen zu, schlug mit den Fäusten auf Leibeskörper auf den schwächlichen Gesellen ein und brüllte: „Du müßt alle verrecken“. Von dem Bäcker überfiel augenscheinlich, mußte sich der Geselle in ärztliche Behandlung begeben. Als der so Gemindelnde beim Fortgehen sagte, daß B. das nicht gut zu stehen bekomme, rief der Sohn ironisch nach: „Sie können doch nichts machen, Sie haben keine Jungen“. Wir haben selbstverständlich bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet, die sich höchstenslich den Gesellschäters und Rohlings annehmen wird. Dem laufenden Publikum aber empfehlen wir, beim Einkauf ganz besonders sich dieses Bäckermeisters zu erinnern.

Jugendleitungen der Gewerkschaften. Heute Donnerstag, abends 1/2 Uhr, im Kartesaal, Vortrag des Genossen Engelbert Graß: Die Soziologie und Psychologie der Jugendlichen.

## Internationaler Friseurgehilfenkongress.

Der vierte Kongress der in der Union der Friseurgehilfen vereinigten Organisationen der Arbeitnehmer im Friseurgehilfenberufe tagte in Wien in der Zeit von 21. bis 23. Juli in den Räumen der Arbeiterkammer. Während der letzten Berichtsperiode hat die Organisation der Friseurgehilfen einen beträchtlichen Aufschwung erlebt, der sich auch bei der Besichtigung des Kongresses geltend macht. Den meisten Organisationen, worunter Frankreich, Schweden und Ungarn, schließen die Mittel, um Delegierte zu entsenden. Doch lassen auch die Berichte der nicht vertretenen Verbände erkennen, daß der Tiefpunkt der Krise überschritten ist und die Bewegung wieder einen Aufschwung nimmt.

Der kommunistischen Agitation ist es nur in Norwegen und Frankreich gelungen, Schaden anzuzufügen. Der Ausklang der kommunistischen Organisation in Frankreich macht sich um so mehr notwendig, als sich inzwischen eine neue, auf dem Boden der Amsterdamer Richtung stehende Organisation gebildet hat und der Internationalen Union beigetreten ist.

Die Konzentrationsebewegung der Gewerkschaften bringt es mit sich, daß die Friseurgehilfen den verschiedensten Organisationen, Handlungsgesellschaften, Betriebsarbeiter und anderen Industrieverbänden, angegliedert werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese mehr zufälligen als systematischen Angliederungen nicht geeignet sind, die Friseurgehilfen organisatorisch besser zu erfassen. Der Kongress brachte daher zum Ausdruck, daß auf absehbare Zeit die berufliche Form der Organisation für die Friseurgehilfen am zweckmäßigsten ist.

Das Referat über die wirtschaftliche und soziale Lage der Friseure, das Genosse Schubert-Wien erstattete, zeigte, daß mit der Schwächung der Organisationen sich auch die Arbeitsbedingungen wesentlich verschlechterten. Die Resolution an diesem Punkt der Tagessordnung verwies auf die Durchführung der Programmsforderungen der Union, insbesondere die des Abschutzens und der Sonntagsruhe. Der Vortrag des Vorsitzenden der Union, Genossen Ehrling-Berlin, über die hygienischen Verhältnisse im Friseurgehilfenberufe bestand aufgrund insbesondere des öffentlichen Interesses. Die Forderungen der Friseurgehilfen-Union auf diesem Gebiete betreffen in erster Linie den Schutz des Publikums, das den Friseuren Gesicht und Kopf anvertraut, weiter aber auch die erforderlichen Rücksichten auf die Gesundheit der Arbeitnehmer des Gewerbes.

Da die früheren fortlaufenden Erhebungen über die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Friseure seit dem Krieg unterbrochen wurden, das frühere Material jedoch veraltet ist, wurde den Organisationen zur Prüfung gemacht, das verlässliche statistische Material der Krankenanstalten der Union möglichst alljährlich zur Verfügung zu stellen. Für die Anlage und die Ausübung des Friseurgewerbes sollen geeignete gesetzliche Bestimmungen getroffen werden und die Bekanntmachung über die Friseurstubenregeln bereits während der Lehrzeit durch Spezialärzte erfolgen. Nach einem Referat über das Lehrlingswesen von dem Genossen Ehrling-Kopenhagen wurden die Forderungen der Union zur gesetzlichen Regelung des Lehrlingswesens, die eine Abschaffung der Gewerkschaftsorganisationen und der Lehrlingseltern vorsehen, erneut bestätigt. Der Vorstand der Union wurde wieder gewählt und Paris als nächster Kongressort bestimmt.

Wo spielt man in Leipzig am billigsten? Im Volkshaus!

## Wir wissen Bescheid in der Kochkunst?

Dr. Oetker's  
Gummache-Hülse

PACKUNG 6 PFG.

1 Päckchen genügt, um 10 Pf.  
Früchte, Gelee, Gurken usw.  
haltbar zu machen. Rezepte  
umsonst in d. Geschäften oder u.  
Dr. A. Oetker Bielefeld.



Jahrrab-  
Bereitstellung  
untere Spezialität,  
Schneide und billige  
Bedienung.  
Beder & Söhne,  
Seller, Dorfstr. 30  
Telefon 61075.

Integrale a. die Re-  
duktion, sondern an  
die Expedition der  
Vollstaat. zu richten.

## Kaufgesuche

Gold, Silber,  
Brillant, Gebissos  
u. Hans Dünkel,  
Promenadenstr. 25.

Diverses

Tischlerei, Metallar-  
te gleich welcher Art.  
Kiesling, Körnerstr. 11.

## Fahrrad-

## Anzahlung

bodeneine Damen u.  
Herren - Räder mit  
Freilauf u. Zubehör

unter Garantie. Bei  
40-50 Mt. Ans. kann  
das Rad mitgenom-  
men werden. Ausweise  
mitbringen.

Fahrrad - Werke  
W. Preißler.

Gebr. Hrn.-Räder

gr. Ausm. Laufenden

Schlaufe u. Zubehör.

G. H. Preißler, 22.

Baumgartner

Black-Rot-Gold-

Windjacken, beste Qualität, imprä-  
niert, für Bau Leipzig liefert

Schneidermeister M. M. Gasser

R. Schleinitz, Könneritzstr. 30. Tel. 40600.

## Stellenangebote

Tüttiger, lediner  
erster Pferde-Münzäuer  
mit allen landwirtschaftlichen Ar-  
beiten bestens vertraut, in dauernde  
Stellung gelingt  
Gimme, Gutsbes., Reitricht. b. Taucha

Wirthschafterin in gesetztem Alter, für  
Erbfolgsheim gehucht.  
Rohgewandte, fleißige und ehrliche, un-  
abhängige Person hat Vorzug. Oberien  
mit Bild unter O. 26 an die Filiale  
dieses Gl. Böhl., Elisabethstraße 19.

## Verkäufe

Barch.-Bettücher 1.25  
im kl. Fehlern 3.—  
Divandeck 3.—  
Betthuz. fert. gen. 5.—  
Bettlinst. fert. gen. 10.—  
Damenbetten St. 1.35  
Herrenbetten St. 2.—  
Linen-Damast-Stangen.  
Mand. Kohlgartstr. 29. I.  
Sonnens. von Verkauf.

Nähmaschine, neu.  
verlenth., Rundlich.  
Schmidt, Graflist, 28.

Zur Meßvermißtung  
direkt von der Fabrik

stab. Holzbetten mit  
Stahlrahmen u. aut.  
Auflegemat. auf. nur  
50,- bei nur 10,-  
Ans. Holz-Reformb.  
fa. weiß, 25,- Kind.  
mit Matr. fa. weiß,  
24,- Chaiselong. m.  
36 Federn nur 38,-  
W. Grahams II  
Albertstraße 29 b. II.

Zahlungserleichterung!  
Feldschuh  
Potsdamerstr. 21

Ganz besondere  
Gelegenheitsläufe

Herren - Einstab-  
und Normal-  
Hämeln, Windjacken,  
Sportanzüge Hosen.  
Überzeugen Sie sich durch  
Besichtigung ohne Kaufzwang.

Feldschuh  
Potsdamerstr. 21  
Zahlungserleichterung!  
Weigler  
Windmühlenstr. 31  
im Hause Astoria.

Bei 40 Mark  
Anzahlung

bodeneine Damen

Verband d. Maschinisten u. Heizer  
Geschäftsstelle Leipzig.  
Sonntags, den 8. August, abends 7 Uhr,  
im Volkshaus  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Bericht des Kollegen Engel vom  
Ruhmes in Leipzig.  
2. Kalenderbericht. 3. Gewerkschaftliches.  
Abends 6 Uhr im Gartenaal: Vor-  
bereitung aller Kollegen, welche  
an Deizerklaus teilnehmen.

Die Drässerwallung,

Trojahn

## Schützenhaus

Sellerhausen

Morgen Freitag ab 8 Uhr  
**Großes Gartenfreikonzert**  
mit Prachtfeuerwerk

Hila? Die rassige Konsummarke  
des kleinen Mannes.  
Asra? Die blumige Sorte des  
Kenners!



Auslosse und „Brühi“, jetzt 5,-  
in 25-Stück-Packung. „Jubiläums-  
Marke“ 6,- in 10-Stück-Packung.  
Gen.-Vertr. u. Lager Adalbert Günther,  
Reitzenhainer Straße 7 — Tel. 25160.

Bitte schicken Sie den Text Ihrer

### Anzeige

bis 9 Uhr vormittags  
des betr. Tages  
ein, damit wir selbige wunschgemäß und  
wirkungsvoll  
gestalten können:

**Kakao Pfd. 63 Pf.**  
Feinste Milch-Schokolade  
3 Tafeln (à 100 g) 1.00 Mk.  
**Felnsle Schmelz-Schokolade**  
3 u. 4 Tafeln (à 100 g) 1.00 Mk.  
Milch-Block  
3 Tafeln (à 100 g) 0.85 Mk.  
Weinb.-Rum u. Arrak-Creme-Schokolade  
3 Tafeln (à 100 g) 0.85 Mk.  
Weinberg-Creme-Stangen  
5 Stück 0.40 Mk.  
Speise-Blockschokolade  
5 Tafeln (à 100 g) 1.00 Mk.

**W. Thalwitzer**  
In Düring: Petersstraße 44  
Schloßgasse 12/14  
neben Speier's Schuhwarenhaus.

### Familien-Nachrichten

Statt Karneval  
**Dantagung**  
All denen, die uns beim Holm-  
gang unserer lieben Frau, unserer  
guten Mutter

**Frau Luise Kittel**  
geb. Kuntzsch  
ihre Teilnahme befunden, sagen  
wir allen aufdrücklichsten Dank.

2. Kleinschoder, 6. 8. 1924.  
Dresdner Straße 14.  
Julius Kittel nebst Hinterbliebenen.

Infolge Gehirnödems verschied  
ganz plötzlich meine über alles ge-  
liebte Frau, unsere herzensgute  
Mutter, Schwiegertochter und Großmutter,  
Schwesterin und Tante  
**Frau Lina Dathe** geb. Frantz  
im 53. Lebensjahr.  
2. Plönitz, den 6. 8. 1924.

In unermehrlichem Schmerz  
Richard Dathe Familie Fritz Claus  
im Namen aller übrigen hinterbliebenen  
Gedächtnis freitags, mittags  
1. Uhr, Südfriedhof.

Heute früh 7.8. Uhr verließ nach  
kurzem Krankenlager meine liebe  
Frau, unsere gute Mutter, Schwie-  
ger- und Großmutter, Schwester und  
Schwesterin

**Frau Auguste Arnold** geb. Ender  
im Alter von 62 Jahren.  
In tiefer Trauer

Paul Arnold und Hinterbliebene.  
Einzelheiten Sonnabend, nachm.  
7.8. Uhr, Kapelle des Südfriedhofs  
Blumenpenden dankend abgelehnt.

## Seifenverschwendungen

Ist es, wenn Sie beim Waschen mit Seife  
nicht ein Mittel gebrauchen, das durch  
gleichfalls lösende Wirkung eine spars-  
same Verwendung der teuren Seife  
verbürgt. Waschen Sie deshalb nie, ohne  
der Seifenlauge einen Zusatz von

## Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

beizugeben! Sie sparen hierdurch erheb-  
lich, da die viel billigere Henko in Ver-  
bindung mit etwas Seife eine außer-  
ordentliche Reinigungskraft entfaltet.  
Mitverwendung von Henko bei der Wasche  
sichert jüngstige Behandlung des Wasch-  
guts und

## billiges Waschen!

## Riesen-Circus Krone

Leipzig  
Felder an der Stötteritzer Straße  
Straßenbahn 5, 6 und 15

**Heute** Donnerstag, den 7. August, abends 8 Uhr  
→ **Eröffnung**  
mit **85 Sensationen in 3 Manege**

**Morgen: Freitag, 8. 8., abends 8 Uhr,  
Sonnabend und Sonntag, 4 u. 8 Uhr:**

**85 Sensationen in 3 Manege**

**Freitag, 8. 8. 10 Uhr  
vorm.: Eröffnung  
des Krone-Zoo**

**und Sonder-Reptillen-Affen-Schau**

täglich geöffnet von 10-7 Uhr

**Konzert! 2 Kapellen 2**

**Vorverkauf:** Circus-Kassen ab 10 Uhr  
warenhaus Theodor Althoff

**Palmengarten**  
Heute nachm.  
ab 4 Uhr: **Konzert**  
Abends  
ab 8 Uhr: **Vornehmer Gesellschaftsball**  
Freitag nachm. und abend: **Park-Konzert.**

## Berichtigung!

Im Inserat der Neuen Feuerwehrzeit-  
ungsfasse protestarischer Freudenfeuer  
Leipzigs E. V. vom 2. August 1924, müßt es  
laufen: **Paul Gormann**, Leipzig,  
Connewitz, Innerhofstrasse 10, II.

berücksichtigt bei euren Ein-  
käufen stets Inseranten der  
Leipziger Volkszeitung

### Abonnenten

**Hestler L.-Vo.**  
Weit unter Preis  
Waschstube

(Rückenschild) Qualität  
60x100, 1.20-1.68,-  
Umbinden  
heret.  
Tisch  
3.00-6.20,-  
Reparatur, Bettwäsche,  
Gintausstoff, Beutel.

**Linoleum**  
Läufer, Teppiche  
Isolationsstoffe

**Tapeten**  
zu Bill. Ausnahmepreis.

**Bernh. Hestler**  
Eisenbahnstr. 99  
o. b. Einzelheit bis 1.



Gibt der Preis das  
rechte Maß?

Nein, auf keinen Fall.

Billig ist nur Qualität

Deshalb kauf Erdal!

## Erdal

Marke Rotfrosch - Schuhpasta  
Werner & Mertz A.-G. Mainz

## DVB

Großhandel, Einzelhandel, Lebensmittelgroß-  
handel, Kohlenhandel, Greitzen, abends 7 Uhr, im Volks-  
haus: Wichtige Branchenversammlung.

Tagesordnung: 1. Das Sachverständigenges-  
chichten und die Arbeiterschlasse. Redner: Genossen  
Greitzen. 2. Bericht von den Wohnverhand-  
lungen und Beschlusshaltung. Sagt es in den Betrieben  
weiter. Die Sitzungsleitung.

## Arbeiterkugler!

Sonntag, vormittags 10 Uhr  
Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Gründung der Bezirksgruppe Leipzig des  
Sozialistischen Arbeiter-Kuglerbundes, Sitz Dresden.  
Alle Arbeiterkugler müssen erscheinen. J. L. Krause.

## Tabake • Zigarren Zigaretten

**Gustav Schmidt, Leutzsch**  
Hauptstraße 87.

Filiale: Barnecker Straße 18.

## Hühneraugen leidet

hüte sich, mit dem Messer zu schneiden. Ebenso  
verwende man keine Mittel, welche nur auf einem  
Stückchen gestrichenen Pilaster bestehen. Denn  
diese kleben meistens am Strumpf fest, verschlieben  
sich häufig und entstehen dann bei empfindlicher  
Zehenhaut leicht Entzündungen. Gegen

Hühneraugen auf den Zehen  
gibt es nichts Besseres als die seit 20 Jahren be-  
währten Zehbinde.

### Hühneraugen-Lebewohl



Bei denkbar bequemer Anwendung hindern diese  
durch den druckmildernden Filzring den Schmerz  
sofort. Durch den erweichenden Pilasterkern wird  
das Hühnerauge in wenigen Tagen radikal beseitigt.  
Gegen schmerzhafte

Hornhaut auf der Fußsohle  
sind **Lebewohl-Ballen-Scheiben**



in ihrer Art einzige dastehend.  
Die Deckelscheiben verhindern jedes Verrutschen so-  
wie das lästige Festkleben  
am Strumpf. Der Schmerz  
verschwindet bald nach dem  
Anziehen. Die Hornhaut  
schrägt ab und löst sich von  
selbst los.

Beschleunigt wird die  
Wirkung durch vorheriges  
Baden der Füße mit

### Lebewohl-Fußbade-Pulver

nebenbei ein geradezu ideales Mittel zum Ab-  
härten empfindlicher Füße, gegen Wundläufen und  
Schweißgeruch.

Erhältlich in Drogerien und Apotheken. Man  
verlange ausdrücklich „Lebewohl“.